Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 25,— Mk. Durch die Post monatl. 25,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark | Montag, den 19. Juni 1922 | 2. Jahrgang. Nr. 140

Die Bergarbeiter kampfbereit

Betriebsrätekonferenz der mitteldeutschen Bergarbeiter in Leipzig

Die Offensive gegen die Bergarbeiter geht weiter!

Bei den zentralen Verhandlungen im Bergbau im Reichsarbeitsministerium in Berlin am 15. Juni fällte der vom Riechsarbeitsministerium eingesetzte **Schlichtungsausschuß** einen Schiedsspruch mit folgenden Bestimmungen:

1. Die Tariflöhne des Ruhrkohlenbergbaus werden um durchschnittlich 35 Mk. je Schicht erhöht, und zwar um 25 Mk. ab 16. Juni und um 10 Mk. ab 1. Juli 1922.

2. Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruppen und auf den Grund- und Gedingelohn durch die Bezirksarbeitsgemeinschaft nach Maßgabe der Lohntafel zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechend niedrigere Festsetzung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter empfohlen.

Die Lohnzulagen weisen gegenüber den letzten, von den Bergleuten abgelehnten Vereinbarungen eine geringfügige Erhöhung vor, die nach der Begründung des Schlichtungsausschusses selbst nur ein Ausgleich für die inzwischen eingetretene Steigerung aller Lebensbedürfnisse sein sollen.

Aber auch in diesem Schiedsspruch ist festgelegt, daß die Lohnzulagen, also die ungenügende Entschädigung für die seit April durch den Betrug der Papiergeldentwertung erfolgte Kürzung des Reallohns nur dann gewährt werden soll, wenn die Bergleute sich eine

Verlängerung der Arbeitszeit

gefallen lassen.

Der Schiedsspruch sagt:

„Die Deckung der erforderlichen Lohnerhöhung kann nach Auffassung des Schlichtungsausschusses **aus den Einnahmen, welche die Werke auf Grund der geltenden** Kohlenpreise **erzielen, nicht aufgebracht werden. Dies ergibt sich einwandsfrei aus dem vom Reichswirtschaftsministerium darüber erstatteten Gutachten. In einem Abbau der Kohlensteuer kann die Deckung zur Zeit aus außenpolitischen Gründen nicht gefunden werden. Als einziges Mittel kommt somit lediglich eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage. Diese schwere Belastung des Wirtschaftslebens ist nach Auffassung des Schlichtungsausschusses nur erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereitfinden, im Sinne des zwischen dem Zechenverbande und den Gewerkschaften in Aussicht genommenen Uebereinkommens eine Steigerung der Kohlenförderung in einer gesundheitlich bedenkenfreien und wirtschaftlich ergiebigen Form herbeizuführen. Vom Abschluß dieses Abkommens hängt die Durchführung der Kohlenpreiserhöhung und damit der Lohnerhöhung ab. Der Schlichtungsausschuß hat aus dem Verlauf der zwischen den Parteien geführten Verhandlungen und der Vertrauensmännerkonferenz vom 11. Juni die Ueberzeugung gewonnen, daß das Ueberschichtenabkommen mit Wirkung vom 1. Juli 1922 zustande kommen wird."**

Der Schlichtungsausschuß des Arbeitsministeriums hat sich damit, kaum bemäntelt durch einige schwülstige Phrasen, allein **auf den Unternehmerstandpunkt gestellt,** den Kohlenbaronen

höhere Kohlenpreise

bewilligt, und ihnen die Berechtigung gegeben, den Bergleuten die Lohnerhöhung nur dann zu zahlen, wenn sie länger arbeiten.

Den Scharfmachern und ihren Helfershelfern sei aber gesagt, daß wenn sie aus dem Verhalten der Gewerkschaftsführer **„die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Ueberschichtenabkommen mit Wirkung 1. Juli zustande kommen werde,"** sie diese infame Rechnung ohne die Bergarbeiter gemacht haben. Für diese bleibt als einzige Antwort auf dieses unverschämte Verlangen der Kohlenmagnaten nur der Kampf.

*

Ablehnung des Schiedsspruches

Die Bergarbeiter lehnen fast einmütig diesen Schiedsspruch ab, überall sind sie zum Kampf entschlossen, überall wehren sie sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Ein riesiger Bergarbeiterkampf in Deutschland ist unausbleiblich, wenn die Grubenherren auf den Schiedsspruch bestehen und das Reichsarbeitsministerium seinen Schiedsspruch nicht umändert, der wie eine Verhöhnung auf die Forderungen der Bergarbeiter, die sie in der Luckauer Konferenz aufstellten (75 % Lohnerhöhung, keine Kohlenpreiserhöhung) wirkt.

Die Leipziger Konferenz

Am gestrigen Sonntag waren auf der von dem Gruppenrat des Zeitz-Weißenfelser Reviers einberufenen Bergarbeiterkonferenz in Leipzig die Reviere Borna, Meuselwitz, Zwickau, das Geiseltal, Zeitz-Weißenfels, Halle-Merseburg, Bitterfeld, Senftenberg, Luckau-Oelsnitz, Oberröblingen, das Mansfelder Gebiet vertreten, auch die Nachbarbezirke Magdeburg, Anhalt und Chemnitz haben ihre Vertreter entsandt. Die starke Beschickung der Konferenz zeigt die Entschlossenheit, daß unbedingt etwas gegen das rigorose und brutale Vorgehen der Grubenherren Mitteldeutschlands geschehen muß.

Die Verhandlungen der Konferenz nahmen einen äußerst ruhigen und sachlichen, aber von entschlossenem Kampfeswillen getragenen Verlauf.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter und Stellungnahme zur Luckauer Resolution

erhielt Kamerad Schröter das Wort. In kurzen Zügen schilderte er die vollständige ungenügende Entlohnung der Bergarbeiter Mitteldeutschlands und wies nach, daß die in der Luckauer Resolution enthaltenen Forderungen vollständig berechtigt sind. Die Betriebsräte als Vertrauensmänner der Bergarbeiter müssen ein Mitbestimmungsrecht bei den Lohn- und Tarifverhandlungen erhalten. Solange dies nicht erfolgt, werden die Führer im Bergarbeiterverband das stärkste Mißtrauen der Bergarbeiter erhalten. Wenn diese behaupten, die Forderungen der Luckauer Resolution (75 Prozent Lohnerhöhung) sind undurchführbar, weil sie die Zechenbesitzer zu schwer belasten würden, so beweist diese leere Behauptung, daß die Gewerkschaftsführer auf Seiten der Kapitalisten stehen. Die Grubenbesitzer in unserem Gebiet, die vor dem Kriege 7 bis 8 Prozent Dividende verteilt haben, verteilen jetzt eine Dividende von 40 bis 50 Proz., ja sogar 76 Proz., neben ungeheuren großen Abschreibungen und Rücklagen. Dem Bestreben der Zechenherren, die Bergarbeiter in einzelne Reviere zu verteilen, ihnen dort schlechtere Lohnbedingungen, verlängerte Arbeitszeit aufzuzwingen, müssen wir dahin entgegentreten, **daß wir unsere Kämpfe nicht in einzelne Reviere verlegen, sondern daß wir eine geschlossene Front der gesamten deutschen Bergarbeiter herstellen, daß wir den Kampf, wenn es sein muß, in allen Bezirken zu gleicher Zeit aufnehmen.** Die Bochumer Konferenz der Ruhrbergarbeiter hat uns gezeigt, daß auch unsere Kameraden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht gewillt sind, so ohne weiteres sich den Grubenkapitalisten zu beugen, sondern, daß auch sie in der Bochumer Konferenz mit großer Majorität das Abkommen des zwischen Reichsregierung, Grubenherren und den Bergarbeiterorganisationen vereinbart wurde, abgelehnt haben. Es muß nun unsere Aufgabe sein, mit den Bergarbeitern in den anderen Bezirken Verbindungen herzustellen, um eine geschlossene Front der gesamten Bergarbeiter aufzubauen. Im Senftenberger Gebiet gehen die Zechenherren dazu über, die Heuerlöhne zu kürzen. Auf einigen Gruben wurde deshalb schon die Arbeit niedergelegt. Am Schlusse des Referats betonte Kamerad Schröter, daß es den Betriebsräten fernstehe, die gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter zu schädigen, sondern daß die Bildung der Einheitsfront zum gemeinschaftlichen Abwehrkampf lediglich den Zweck hat, die ungeheure Not der Bergarbeiter zu mildern, besonders gegen die Verlängerung der Arbeitszeit mit allen Mitteln zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

In der nun folgenden Aussprache, an der sich die Vertreter aller Reviere beteiligten, kam die Empörung der Bergarbeiter, aber auch ihr Kampfeswille zum Ausdruck. Der Vertreter aus dem Geiseltal berichtet, daß dort 22 Russen (weißgardistische Offiziere) auf den Gruben eingestellt wurden. Während andere Bergarbeiter monatelang auf Zuteilung einer Wohnung und die Unverheirateten auf Wäsche und Schlafgelegenheit warten müssen, **erhielten diese Weißgardisten sofort zwei bis drei Zimmer, tadellose Wäsche und Betten zugewiesen.** Ein Kamerad aus dem Mansfeldischen Revier bringt zum Ausdruck, daß sie im vorigen Frühjahr schwere Kämpfe geführt haben. Das Vorgehen der Reaktion hat uns vorübergehend geschwächt, noch sitzen hunderte unserer besten Funktionäre in den Zuchthäusern. Und auch in diesem Frühjahr haben sie schon einen Kampf gegen die Gewaltmenschen geführt und sie sind auch jetzt entschlossen, gemeinsam mit den anderen Kameraden den Kampf, wenn es sein muß, **bis zum äußersten aufzunehmen.** Ein Vertreter des Meuselwitzer Reviers hält das Vorgehen in den einzelnen Revieren zurzeit nicht für angebracht. **Er tritt ein für die Zusammenfassung aller Kämpfe der Bergarbeiter und schlägt daher vor, aus der Konferenz einen Zentralrat zu wählen, der sofort sich mit einem Telegramm an die Ruhrbergarbeiter wendet und gleichzeitig Verbindung aufnimmt mit den anderen Bergwerkrevieren Deutschlands, um dadurch eine Plattform für ein geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter zu schaffen.** In der weiteren Diskussion kommt besonders zum Ausdruck, daß die Verlängerung der Arbeitszeit, die Einführung der Achtstundenschicht im Ruhrrevier und in Niederschlesien unweigerlich zu Folge haben wird, **daß man nachher auch in der Braunkohlenindustrie, die jetzt schon achtstündige Arbeitsschicht hat, ebenfalls noch eine verlängerte Schicht einführen wird.** Die Bergarbeiter bringen jetzt schon riesengroße Opfer für die Allgemeinheit, daher haben sie auch ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz, ein Recht darauf, soviel zu verdienen, um ihre Frauen und Kinder ernähren zu können. Im Verlauf der Debatte ging folgender Antrag ein:

„Die Konferenz beschließt, einen Zentralrat zu wählen und denselben zu beauftragen bis spätestens 2. Juli eine Reichskonferenz der Bergarbeiter Deutschlands nach Hannover einzuberufen, um gemeinsam gegen das provozierende Vorgehen der Grubenherren und gegen die angebotene Lohnzulage Stellung zu nehmen und die Einheitsfront der gesamten Bergarbeiter Deutschlands herzustellen."

Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung gegen drei Stimmen angenommen. Des weiteren wurde beschlossen, an die Ruhrbergarbeiter nachstehendes Telegramm zu senden:

„Bergarbeiter, Ruhrgebiet.

Leipziger Konferenz, Gruppen- und Betriebsräte von 102 Schachtanlagen und Gruben aus neun mitteldeutschen Revieren begrüßen Eure heldenhafte Ablehnung schändlichen Verhandlungsabkommens. Laßt Euch nicht zersplittern, bildet mit uns Einheitsfront. Empfehlen Reichskonferenz aller Reviere 2. Juli Hannover. Tagesordnung: Kampf gegen unsere Not. Keine Aktion, keine Zustimmung zum Abkommen vor Reichskonferenz, Lösung gemeinsam beraten und einheitlich handeln. Wenn einverstanden, wählt drei Delegierte zur Kongreßvorbereitung. Antwort an Schröter, Zeitz, Schützenstraße 8.

Proletarischen Gruß

Konferenz mitteldeutscher Bergleute."

Auch die in der Luckauer Resolution aufgestellten Forderungen wurden einstimmig gutgeheißen und sollen den Organisationen erneut vorgelegt werden.

In den neu gewählten Zentralrat wurden Vertreter aus allen oben bezeichneten Revieren gewählt. Nachdem der Konferenzleiter die Delegierten aufgefordert hat, sofort den Bergarbeitern vom Verlauf der Konferenz und den gefaßten Beschlüssen Bericht zu erstatten, schloß er die Konferenz mit einem Hoch auf die Einheit der Bergarbeiter.

*

BAV.-Konferenz in Köthen

Anders sieht es dort aus, wo der BAV. die Getreuesten seiner Getreuen zusammenruft. Auf einer Konferenz in Köthen, an der die dreimal gesiebten Betriebsräte des Anhaltischen Bergbaues teilnahmen, wurde der mit Hilfe des BAV. gefällte Schiedsspruch von den Betriebsräten angenommen. Ob die anhaltischen Bergarbeiter mit diesem Schiedsspruch einverstanden sind? Wir wagen es zu bezweifeln. Im Gegenteil, die Anwesenheit der Delegierten der anhaltischen Bergarbeiter auf der Leipziger Konferenz gibt die Gewißheit, daß sich auch die anhaltischen Bergarbeiter in die gemeinsame Kampffront des Bergproletariats einreihen.

*

Der Streik auf der Gewerkschaft Frielendorf

Kassel, 17. Juni.

In einer wuchtigen Streikversammlung, an der 1600 streikende Bergarbeiter teilnahmen, die alle den Willen zum Ausdruck brachten, den begonnenen Kampf auch bis zum siegreichen Ende durchzuführen, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die streikende Arbeiterschaft der Gewerkschaft Frielendorf hat den ihr aufgezwungenen Kampf aufgenommen mit dem festen Willen ihn erfolgreich zu Ende zu führen.

Um aber diesen Kampf schnell und sicher zum Ausgang zu bringen, fordert sie von ihren Vertretern, **daß die Kampfbasis sofort erweitert, daß die mitteldeutschen und westfälischen Kameraden zur aktiven Solidarität aufgerufen werden.**

Die streikende Arbeiterschaft des Braunkohlenbergbaues protestiert gegen die Stimmungsmache der bürgerlichen Zeitungen, die den jetzigen Streik als eine agitatorische Maßnahme irgendeiner Partei hinzustellen versuchen. Sie beschließt, alle bürgerlichen Zeitungen sofort abzubestellen. Insbesondere **aber gilt dies für das „Homberger Kreisblatt".**

*

Streik auf den Deutschen Solvay-Werken, Osternienburg

Seit einger Zeit wurde auf Grube Wilhelm, Schacht 2 der deutschen Solvaywerke, wiederholt ohne Mitwirkung des Betriebsrates Bestrafungen von Belegschaftsmitgliedern vorgenommen. Die Proteste des Betriebsrates der Betriebsverwaltung gegenüber, blieben erfolglos. Als am 12. Juni, abends, die Nachtschicht einfahren wollte, hingen wiederum neun Strafzettel im Kasten. Die Belegschaft erkundigte sich beim Betriebsrat, ob er zu den Bestrafungen seine Zustimmung gegeben habe. Als dieser verneinte, erklärte die Belegschaft, nicht eher anfahren zu wollen, bis die Zettel entfernt seien. Der Betriebsrat forderte die Verwaltung auf, die Zettel zu entfernen, da die Bestrafungen ohne Mitwirkungen des Betriebsrats, also ungesetzlich erfolgt seien. Da sich die Betriebsverwaltung weigerte, der Aufforderung des Betriebsrates nachzukommen, fuhr die Nachtschicht nicht ein. Als am anderen Morgen die Frühschicht der Arbeiter kam, waren die beiden anderen Schichten auch erschienen. Nachdem sie den Sachverhalt erfahren hatten, erklärten sie, einmütig hinter ihrem Betriebsrat zu stehen und solange die Arbeit zu verweigern, bis die Strafzettel entfernt wären. Der von den Arbeitgebern angerufene Schlichtungsausschuß befaßte sich in der Sitzung nur mit der Schuldfrage der Bestraften. Deshalb lehnten die Belegschaften den gefällten Schiedsspruch als unzulänglich ab. Weitere Verhandlungen mit der Werksverwaltung blieben trotz großer Bemühungen des Verbandsangestellten erfolglos. Die anderen vier Gruben erklärten sich mit ihren Arbeitsbrüdern solidarisch. **Der Betrieb auf sämtlichen fünf Schächten ruht.** Die Notstandsarbeiten werden von den Streikenden verrichtet.

Gewinn im Kohlenbergbau

Nach dem letzten Lohnabkommen im Ruhrkohlenbergbau soll ein Teil der Lohnerhöhung aus den Taschen der Steuerzahler gedeckt werden. Angeblich ist das Grubenkapital nicht in der Lage, die Löhne für die geforderte Ueberstunde allein zu tragen, ein Teil soll aufgebracht werden durch Steuererlaß. Somit hätte also die Allgemeinheit einen Teil der Löhne zu zahlen, die notwendig sind, um von den Bergarbeitern das Leisten einer Ueberstunde zu fordern. Wie es mit der schlechten Lage der Bergwerke ausschaut, darüber gibt der letzte Bericht der Gewerkschaft für Steinkohlenbergwerk „Langenbrahm" in Essen Aufschluß. Der Ueberschuß ist gestiegen von 8,27 auf 18,83 Millionen Mark. Für Ausbeute, die im vergangenen Jahre 1,5 Millionen Mark erforderte, werden diesmal 4,25 Millionen Mark abgestoßen. 2,3 Millionen Mark benutzt man zu Neuanschaffungen. Man erhöht den inneren Wert der Anlagen aus den laufenden Mitteln. Dann stellt man noch 3,25 Millionen Mark zurück als Ausbeute des letzten Vierteljahres. Schließlich hat man noch 9 Millionen Mark zur Verfügung, die einem Kapitalkonto zugeführt werden. Also bei reichlichen Ausschüttungen noch reichlichere Reserven für die Zukunft.

Anschluß der französischen Eisenbahner an die Rote Gewerkschaftsinternationale

Paris, 19. Juni. Der Kongreß der Eisenbahnvereinigungen, der seit dem Sonnabend in Paris tagt, hat sich für den Anschluß an die Moskauer Internationale ausgesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220619-10/fragment/page=0001

Zwangsanleiheschwindel, Erbschaftssteuer und Arbeiterentrechtung

Die Sonnabendsitzung des Reichstags gehörte ausschließlich den Kommunisten. Keine andere Partei hielt es für nötig, das Wort zu ergreifen, obwohl zwei überaus wichtige, die Arbeiterklasse aufs Tiefste berührende Fragen: **Zwangsanleihegesetz und reaktionäre Verhunzung des bestehenden Erbschaftssteuergesetzes** auf der Tagesordnung standen.

Genosse Höllein:

Der Erbschaftssteuervorstoß ist die notwendige Folge der **feigen Preisgabe der Sachwerterfassung durch die Sozialdemokratie.** Die Stinnespartei konnte sich erlauben, die Unzeundlichkeit gegen ihren Antrag als einen Bruch des Steuerkompromisses festzustellen. Deutschland muß im laufenden Jahre über 29 Milliarden für seinen Schuldendienst ausgeben. Die Sachwerterfassung würde ihm ein wirtschaftliches Fundament, Kreditfähigkeit und vor allem mehr politische Unabhängigkeit sichern. Gleichzeitig würde sie ihm ein gewisses Kontrollrecht über die Produktion verschaffen und die Kapitalverschiebungen nach dem Auslande erschweren. Ein energischer Klassenkampf des Gesamtproletariats hätte spielend leicht die Sachwerterfassung erzwungen. Um diese Gefahr abzuwenden, bequemte sich die Stinnepartei zum Steuerkompromiß, mit seiner Zwangsanleihe und seiner Steuermogelei. Die Folge dieses Kompromisses waren

unerhörte Massenbelastungen durch Umsatz- und Kohlensteuer, Zollerhöhungen, Zucker-, Branntwein-, Tabak-, Bier-Steuern usw.

Die indirekten Steuern wurden lächerlich niedrig, die direkten übertrieben hoch geschätzt. Heute ist bekannt, daß die **Kohlensteuer nahezu das Dreifache, die Umsatzsteuer das Doppelte** und die anderen Zölle und Steuern viel über den Voranschlag einbringen werden. **Die Massen tragen den größten Teil der Steuerbelastung.** Gleichwohl kündet eine Zentrumskorrespondenz ungeheuerliche neue Massenbelastung an: **Abermalige Erhöhung der Umsatz- und Kohlensteuer.**

Weißgardistische Sammeltage, offene Reichswehrmeutereien, wie Königsberg, Ebert-Anklimmungen in München, Bombenattentate gegen unser Parteiblatt in Hamburg, Blausäureangriff auf den sozialdemokratischen Heros Scheidemann, Freispruch der Erzbergermörder, kurzum die **planmäßige Organisation des Faszismus in Deutschland.** Das ist der wirtschaftlich-politische Rahmen des

Zwangsanleihegesetzes.

Wie sieht dieses vielgepriesene sichtbare Opfer des Besitzes aus? Es wurde erkauft **durch die Preisgabe der Sachwerterfassung durch die Sozialdemokratie und den ADGB. Das „sichtbare Opfer" besteht in der Schenkung von 3 Milliarden Nachkriegsgewinnsteuer, 5 bis 10 Milliarden Reichsnotopferrente und sonstiger Steuern an die Kapitalisten.** Dabei handelt es sich nicht um eine Steuer, sondern um einen **ganz gewöhnlichen Pump an die Regierung,** für die es Zinsen, Rückzahlung und **außerdem vermehrten politischen Einfluß für das Kapital gibt.**

Die Arbeiterklasse, wenn sie nicht untergehen will, muß in geschlossener Front den Kampf gegen seine Ausplünderung und Unterdrückung aufnehmen.

Und aus diesem Kampf wird und muß hervorgehen die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung der Stinnes und seiner Agenten.

Zur ersten Lesung der

Schlichtungsordnung

spricht noch der Genosse Maltzahn.

Es ist Provokation, daß der Reichstag es wagt, die Schlichtungsordnung unmittelbar vor dem deutschen Gewerkschaftskongreß zu beraten.

Diese Mißachtung des ADGB. und der durch ihn vertretenen 9 bis 10 Millionen Arbeiter durch die sozialdemokratische Koalitionsregierung ist kennzeichnend für den Geist dieser Regierung.

Dem schaffenden Proletariat soll seine letzte wirksame Waffe gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital, **sein Streikrecht durch die Schlichtungsordnung aus der Hand geschlagen** werden. Die Knebelung der Arbeiterklasse ist die notwendige Vorausetzung für die **Erfüllungspolitik nach außen und die Volksausplünderung nach innen.** Beschließen Sie dieses Gesetz, so muß die Arbeiterklasse aus Selbsterhaltungstrieb ihre Gesetzesfesseln mit Füßen treten. Sie kann sich nicht knebeln lassen von einem raub- und raffgierigen Ausbeutertum. **Abstimmungszwang unter Kontrolle der Polizei, Verhandlungszwang vor der von kapitalistischen Juristen präsidierten Schlichtungskammer. Zivilrechtliche Haftung der Gewerkschaften vor „unberechtigten" Streiks, Stärkung der Unternehmerinnen durch Zuziehung der Gelben zu den Spruchkammern,** das sind die Waffen, mit der die Schlichtungsordnung die Arbeiter zum freiwilligen Verhungern zwingen will. Trotzdem wagte es der Vertreter des ADGB., **Herr Umbreit, die Schlichtungsordnung zu loben und sogar als einen Fortschritt zu preisen, weil sie die Streikfassungen der Gewerkschaften gesetzlich pflegen! So stärkt die Gewerkschaftsbureaukratie die Position der Todfeinde der Arbeiterklasse!** Diese muß vielmehr die Schlichtungsordnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. **Aufgabe des Kongresses in Leipzig wird es sein, den Kampf gegen dieses Schandgesetz planmäßig zu organisieren.**

Hierauf wurde die Vorlage an den Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Montag 3 Uhr. Tagesordnung: Getreideumlage.

Abstimmung über die Getreideumlage

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der heutigen Reichstagssitzung wird man mit ganz besonderem Interesse entgegensehen. Es kommt zur Abstimmung über die Getreideumlage, gegen deren Aufhebung die Rechtssozialisten mit großem Getöse protestieren. Falls sie nicht in letzter Stunde wieder umfallen sollten und sich mit kleinen Konzessionen der Bürgerlichen begnügen, kann es zu einer Reichstagsauflösung und zur Verschärfung der politischen Lage kommen.

Die „friedliche Demonstration" der SR.

am Tage der Eröffnung der Konstituierenden Versammlung

Morgensitzung vom 14. Juni im SR.-Prozeß

Ueber die Morgenverhandlung vom 14. Juni gegen die SR. wird ergänzend berichtet:

Die Prüfung der Frage, ob die SR. am Tage der Eröffnung der Konstituierenden Versammlung den Sturz der Sowjetmacht durch einen Aufstand der Armee vorbereitet hatten, wird fortgesetzt. Ein Mitglied der ZK. der SR. versucht, diese Tatsache zu widerlegen. Ihm entgegen jedoch müssen Lichatsch und Timofjejew zugeben, **daß an den „friedlichen" Demonstrationen gleichzeitig Kampfabteilungen teilnehmen sollten.** Diese Kampfabteilungen hatten Weisung, sich zur Konstituante zu begeben und die Sowjettruppen zum Aufstand aufzufordern. Wenn ihrer Aufforderung kein Erfolg beschieden sein sollte, hatten die Kampfabteilungen die Instruktion, zur Offensive überzugehen.

Diese Tatsache wird ergänzt und unterstrichen, indem der Ankläger einen Artikel des bekannten SR. Maslow verliest, den dieser 1918 — zur Zeit der Weißen Regierung in Archangelsk — in einer Zeitschrift veröffentlicht hat. Maslow schreibt in diesem Artikel, daß er zwei Monate vor Zusammentritt der Konstituante für einen an diesem Tage geplanten **Angriff auf die Sowjetmacht Truppen gesammelt hat.** Der Versuch ist aber nur in ungenügendem Maße gelungen, und so mußte der Militäraufstand aufgeschoben werden.

Das Tribunal verhört nunmehr die Zeugen über die Tätigkeit der SR.-Kampftruppen am Tage des Zusammentritts der Konstituante. Die Zeugen erklären, **daß die SR. ihre Anstrengungen in bezug auf militärische Organisation verstärkt und für ihre Zwecke die Verhältnisse in der Sowjetarmee ausgekundschaftet haben.** Petrograd war zwecks Organisierung eines regulären, einheitlichen, neuen Militärapparates in Rayons eingeteilt gewesen. Die SR. hatten ihre Leute veranlaßt, in die Rote Armee einzutreten, die dort versuchen mußten, führende Stellungen zu erlangen. Aber die Führungnahme mit den Sowjetsoldaten wurde immer schwächer, die Zahl der Parteimitglieder sank. Die Sowjetregierung entwaffnete das Preobraschenski-Regiment und löste es auf. Mit der Unterstützung durch dieses Regiment hatten die SR. in allererster Linie gerechnet. Die militärischen Vorarbeiten zum Zwecke des Sturzes der Sowjetregierung gingen von diesem Zeitpunkt ab zurück. Nachdem die SR.-Militärkonferenz durch die Sowjetregierung verhaftet wurde, wurden die militaristischen Arbeiten vollständig eingestellt.

Die enttäuschten SR.

Moskau, 17. Juni. Der Angeklagte Berg, der einzige Arbeiter in der ersten Gruppe der Angeklagten, verweist darauf, daß die SR. nicht die Möglichkeit hatten, während der Sitzung des Petersburger Sowjets offen aufzutreten, da sie dem Unwillen der Arbeiterdelegierten begegneten. Aus diesem Grunde waren sie gezwungen, die **Versammlung der Fabrikbevollmächtigten** einzuberufen. Berg bemüht sich, die Versammlung der Bevollmächtigten der Fabrikarbeiterschaft als Organisation parteiloser Arbeiter darzustellen, obwohl aus seinen eigenen Worten hervorgeht, daß er selbst als Mitglied des Zentralkomitees der Partei der SR. und ebenso der Menschewik Smirnow an der Schaffung dieser Organisation beteiligt waren. Die Arbeiter boykottierten die Versammlung der Fabrikbevollmächtigten, und aus diesem Grunde hatte die Versammlung nach ihren eigenen Worten „nur Vollmachten von einem kleinen Teile der Petersburger Arbeiter".

Zur Frage der **„Friedensdemonstration" am 5. Januar** vernimmt das Gericht die Angeklagten Moratschjewski und Ussow. Moratschjewskij, ein Landwehrmann, stellt in seinen Aussagen über die Ereignisse vom 5. Januar eine interessante Tatsache fest. Er sei mit seiner Landwehrabteilung ohne Waffen zum Sammelpunkte gekommen, da angenommen wurde, daß das Semenow-Regiment, mit dem die Landwehrabteilung zusammen marschieren sollte, die Waffen liefern würde, um gegen die Entwaffnung Widerstand zu leisten. Ussow erzählt ausführlich, wie die Ereignisse sich am 5. Januar im Kolpinsker Rayon abspielten. **Das Zentralkomitee hatte angeordnet, daß mit voller Bewaffnung nach Petersburg zu kommen sei,** wobei noch empfohlen wurde, auch unter den früheren Soldaten zu werben, die nicht nur mit dem Revolver, sondern auch mit dem Gewehr umzugehen verständen. In seinen weiteren Aussagen erzählt Ussow, wie er zusammen mit Kononow den **Plan zu einer geheimen militärischen Organisation in Petersburg** ausgearbeitet habe.

Ganz unerwartet erhebt sich der Angeklagte Timofjejew zu einer Erklärung über das **Verhalten der SR. zur Roten Armee.** Entgegen den, in der gestrigen Verhandlung von Donskoj abgegebenen Erklärungen bemüht sich Timofjejew, den Beweis zu führen, daß die SR. ihre Leute in die Rote Armee zu bringen versuchten, nicht, weil sie die von innen heraus sprengen, sondern weil sie sie festigen wollten. Nach den Worten Timofjejews betrachtete die Partei der SR. in jener Zeit **die Rote Armee als Schutzwehr des zukünftigen nationalen Verteidigungsapparates** Rußlands, da die SR. in der ersten Zeit **erhofften, die Sowjetmacht werde nicht von langer Dauer sein.** Erst nachdem sie alle ihre Illusionen über einen baldigen Sturz des Sowjetregimes verloren hatten, faßten die SR. den Beschluß, **in die Rote Armee einzutreten und diese von innen heraus zu sprengen.** Die anscheinenden Widersprüche in bezug auf die Stellungnahme der Partei der SR. zur Roten Armee werden durch den Angeklagten Daschiewskij völlig klargestellt, der sich unmittelbar an der militärischen Arbeit der Partei beteiligte. Anfänglich war die Partei der SR. bemüht, erklärte Daschiewskij, ihre Parteimitglieder auf Kommandos und Posten in der Roten Armee zu bringen, um im Augenblicke des Umsturzes die Rote Armee in die Hand zu bekommen. Als sie diese Hoffnung auf einen baldigen Umsturz endgültig aufgeben mußten, **gingen die SR. zum direkten Kampfe gegen die Rote Armee über, indem sie ihre Zuflucht zur Spionage nahmen und mit Hilfe der Entente Kolchak, Denikin und andere Konterrevolutionäre in Anspruch nahmen.**

Neue Treibereien der Konterrevolution

Schon wieder ein Attentat in Hamburg — Zusammenstöße und Schlägereien beim Orgeschrummel auf den Müggelbergen

Hamburg, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabendabend ½12 Uhr wurde an dem Fenster der Parterrewohnung des kommunistischen Abgeordneten Thaelmann eine Handgranate zur Entzündung gebracht, die gewaltigen Schaden verursachte. Glücklicherweise befand sich Thaelmann nicht in diesem Zimmer. Die Frau Thaelmann, sein Kind und die Nachbarn kamen mit dem Schrecken davon. Die Wohnung ist vollständig verwüstet. Das ist jetzt das siebente Attentat in Hamburg im Verlauf von wenigen Wochen.

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hielt seine Feier auf den Müggelbergen ab. Bemerkenswert ist, daß die im vollen Wichs erschienenen Berliner wie Charlottenburger Studenten an der Feier offiziell neben Krieger- und Regimentsvereinen teilnahmen. Auf dem Rückmarsch kam es, wie der „Lokal-Anzeiger" meldet, zu Zusammenstößen und wüsten Schlägereien mit den Kommunisten.

*

Der Aufmarsch der Gegenrevolution vollzieht sich im ganzen Reiche planmäßig weiter. Im ganzen Reiche fanden gestern wieder Feiern und Paraden statt. Die Mörderbanden marschieren jetzt schon, wie gestern auch der mitteldeutsche Stahlhelmverband, in voller Ausrüstung auf. Es handelt sich jetzt schon gar nicht mehr um bloße propagandistische Feiern, sondern um regelrechte Felddienstübungen, um auszuprobieren, wie der Aufmarsch im entscheidenden Moment klappt. Dabei tritt das blutdurstige Mordgesindel mit einer Frechheit auf, die beweist, daß es sich durchaus sicher fühlt die Situation vollkommen zu beherrschen. Das nun siebente Attentat in Hamburg ist offenkundig zu dem Zweck vollführt worden, um das Hamburger Proletariat zur Abwehr herauszufordern, um es dann blutig niederzuschlagen und das Signal zum Losschlagen im ganzen Reiche zu geben.

Indessen hat Scheidemann zum hundertsten Male vor den sozialdemokratischen Arbeitern Berlins deklamiert, daß der Feind rechts steht. Aber was tut die Sozialdemokratie, was unternehmen die deutschen Gewerkschaften? Man schläft nach wie vor und läßt die Konterrevolution ruhig weiter gewähren.

Die Arbeiterklasse ist bedroht durch Steuerraub, durch die monarchistische Gegenrevolution, durch Hunger, Not und Kriege. Die Sozialdemokraten, die Gewerkschaftsinstanzen rühren sich kaum. Die Kommunistische Partei hat noch einmal die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften durch einen öffentlichen Aufruf, den wir in unserer Sonnabendnummer brachten, aufgefordert, die Front des Abwehrkampfes zu schließen, gemeinsam den Schutz der Arbeiterklasse gegen die ihr drohenden Gefahren zu übernehmen. **Es geht jetzt um die Existenz der deutschen Arbeiterklasse!** Die Arbeiter in den sozialdemokratischen Parteien und in den Gewerkschaften dürfen nicht mehr länger warten, sie müssen ihre Führer drängen und zwingen, den Selbstschutz des Proletariats zu organisieren. Legen die Führer dem immer noch Hindernisse in den Weg, dann muß der Zusammenschluß in der Einheitsfront von unten ohne die verräterischen Führer erfolgen!

Monarchistischer Aufruf

Ein großer Aufruf im Anzeigenteil des Monarchistenorgans „Das Deutsche Abendblatt" fordert alle Treudeutschen auf, sich an „gewaltigen Kundgebungen" zu beteiligen, die „unter Führung" der „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung" und der Nationalen Einheitsfront am 28. Juni abgehalten werden sollen. Die Demonstrationen sollen — beweisen, daß „die ganze Last der Schuld" am Weltkriege die Gegner trifft. In Wirklichkeit handelt es sich um das Vorspiel zu einem Generalvorstoß der Monarchisten.

Am 28. Juni müssen alle Gegner der Kriegshetzer, der monarchistischen Verschwörer in einer Einheitsfront aufmarschieren.

Ein erster Schritt im Abwehrkampf

Die Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte hat am Montag einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Im ganzen Deutschen Reiche wird erneut eine systematische nationalistisch-monarchistische Hetze getrieben. Ueberall finden Monarchistenparaden in Form von Regimentstagen und ähnlichen Veranstaltungen statt. Auch im sozialistisch regierten Sachsen wagt die Reaktion die Arbeiterklasse zu provozieren.

Die Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht gesonnen ist, sich diese monarchistischen Provokationen gefallen zu lassen. Sie fordern die **Arbeiterorganisationen, Parteien und Gewerkschaften auf, sofort alle Maßnahmen zu treffen, um jegliche reaktionäre Veranstaltung, in welcher Form auch immer, unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern.**

Die Vollversammlung richtet die Aufforderung an die übrige Arbeiterschaft Sachsens, auch in den anderen Orten ähnliche Demonstrationen unmöglich zu machen."

Die Chemnitzer Vollversammlung der Betriebsräte wird von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen beherrscht, die Kommunisten sind in ihr nur eine Minderheit. Um so mehr muß dieser Beschluß begrüßt werden; er kann vor der Arbeiterschaft nicht als ein Erzeugnis kommunistischer Hetze verfälscht werden, sondern er bedeutet den ersten Schritt zur Bildung der entschlossenen Abwehrfront aller Arbeitenden gegen die monarchistische Putschgefahr.

Das Chemnitzer Beispiel muß allerorts in Deutschland in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, von allen Betriebsräten sofort nachgeahmt werden.

Die Flucht Vandervelde & Co.

Moskau, 15. Juni 1922 (verspätet).

In der gestrigen Abendsitzung wurde die

Erklärung der Verteidiger Vandervelde, Rosenfeld, Liebknecht u. Wauters über ihre Ablehnung, die Verteidigung weiterzuführen,

bekanntgegeben. Diese erfolgte auf Grund folgender Tatsachen: 1. Vier von den Angeklagten gewünschte Verteidiger seien von dem Gericht nicht zugelassen worden, wie auch die von der Verteidigung verlangten Sonderstenographen, was zu dem Berliner Abkommen der drei Internationalen in Widerspruch stehe. 2. Das Gericht habe die Absicht geäußert, unter gewissen Bedingungen die weitere Zulassung ausländischer Verteidiger in Frage zu stellen. 3. Die Ankläger Krylenko und Lunatscharskij hätten das Berliner Abkommen als für das Gericht nicht bindend erklärt. 4. Der Vertreter der Kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz, Bucharin, habe das Berliner Abkommen für gesprengt erklärt.

Das Tribunal erklärt, daß das **sogenannte Berliner Abkommen als ein rein politischer Akt** nicht Gegenstand der juristischen Beurteilung werden und den Gang der Gerichtsverhandlung weder nach der einen, noch nach der andern Seite hin beeinflussen kann. Nur die Zentralregierung hat die Möglichkeit, über die mit dem Berliner Abkommen verbundenen Fragen zu entscheiden, ihre Ansicht über diese oder jene veränderte Bedingung festzusetzen, also nötigenfalls auch entsprechende Weisungen den Organen der Sowjetmacht zu erteilen. Der Vorsitzende des Gerichts hat dies schon des öfteren den ausländischen Verteidigern erklärt. In bezug auf die von den ausländischen Verteidigern vorgelegten vier Punkte erklärt das Oberste Tribunal:

1. Das Gericht hat **vier menschewistische Verteidiger nicht zugelassen,** da sie das Zutrauen des Gerichts nicht genießen, was laut § 17 des Strafgesetzes erforderlich ist.

2. Das Gericht **erklärte nicht die Absicht,** die Frage der Nichtzulassung der ausländischen Verteidiger aufzuwerfen.

3. Der Hinweis auf die Erklärung zweier kommunistischer Verteidiger, daß das Berliner Abkommen für das Gericht nicht bindend ist, hat **weder materielle, noch formelle Bedeutung mit Rücksicht darauf,** daß nur die Regierung über alle notwendigen Mittel verfügt, **um jenen politischen Verpflichtungen nachzukommen,** die sie tatsächlich auf sich genommen hat.

4. Hinsichtlich der Erklärung Bucharins, der im Prozeß nicht als Vertreter der Kommunistischen Internationale, sondern als einer der Verteidiger auftritt, soll wiederholt werden, was in bezug auf diese Erklärung durch den Staatsanwalt gesagt worden ist.

Was die Frage der **Zulassung von Privatstenographen betrifft,** die die nächstliegende Ursache zur Erreichung der Erklärung der ausländischen Verteidiger bildete, so entschied hierüber nicht das Oberste Tribunal, da diese Angelegenheit sich auf die technischen Einzelheiten bezieht und der Kommandantur unterliegt. Der Hauskommandant hatte sogar von dem Vorsitzenden verschiedene Instruktionen betreffs Zulassung von entsprechenden Stenographen, falls die ausländischen Verteidiger sich deswegen an ihn wenden würden, erhalten. Inwiefern die ausländischen Verteidiger diese Angelegenheit zu einer neuen politischen Demonstration gegenüber dem Gericht auszunützen und das Gericht unter dem Vorwand einer prozeßordnungsmäßigen Begründung zum Zwecke einer politischen Demonstration zu verlassen versuchen, erklärt das Oberste Tribunal **den gewählten Vorwand für völlig unannehmbar, da für die Gewährung des entsprechenden Wunsches der Verteidiger keine Hindernisse bestanden** und im Grunde auch nicht bestehen konnten.

Die völlige Hinfälligkeit und der innere Widerspruch der Erklärung der ausländischen Verteidiger folgt nicht nur aus dem Vorwand, sondern auch aus den Formen, in denen diese Erklärung abgegeben wurde. Das Gericht muß die Schlußfolgerung ziehen, daß die ausländische Verteidigung, die gleich zu Beginn dem Tribunal gegenüber eine unangemessene Tonart anschlug, — **seine Unparteilichkeit zu verdächtigen versuchte und das Gericht mit den antiproletarischen Bourgeoisgerichten kapitalistischer Länder auf eine Stufe zu stellen sich bemühte — sich tatsächlich überzeugt hat, daß der Prozeß mit vollen Garantien für die Verteidigung zwecks Feststellung der individuellen Schuld der Angeklagten geführt wird.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220619-10/fragment/page=0002

Die preußische Innenpolitik

Der Sozialdemokrat Limpertz wird rabiat — Ekelerregender Aemterschacher

Im Landtag wurde am Sonnabend die Debatte über die preußische Innenpolitik fortgesetzt. Der „Demokrat" Dominicus, Vorgänger Severings im Ministerium, bedauerte, daß in der Schutzpolizei feldmarschmäßige Uebungen nicht mehr stattfinden dürfen. Dann legte der Sozialdemokrat Limpertz zu einer donnernden Attacke gegen die Deutschnationalen los. Den deutschnationalen Zuhältern der heute wieder machtlüsternen Militaristen warf er den Vorwurf, Millionenmorde verschuldet zu haben, in leidenschaftlichen Worten ins Gesicht. Die Rechte tobte. Aber eine Schwalbe macht keinen Sommer. Die stärkste Entrüstung eines Sozialdemokraten vermag nicht die Mitschuld der Scheidemannpartei an den Blutopfern des Weltkrieges hinwegzutäuschen.

Wie sehr die Futterkrippe im Mittelpunkt der Debatte steht, bewies die Rede des Abgeordneten Dr. Heß vom Zentrum. Die befaßte sich ausschließlich mit der Besetzung der leitenden Regierungsstellen. Heß wollte seinem Blockbruder und Postenvermittler Severing gar zu gerne aus der Patsche helfen, in die er durch die Behauptung des deutschnationalen Redners geraten war, Severing habe im Hauptausschuß erklärt,

der Aemterschacher zwischen den Koalitionsparteien sei ekelerregend.

Indessen hier versagte die jesuitische Kunst, denn man ist geneigt, dem preußischen Innenminister Kenntnis der Dinge in diesem Falle zuzutrauen.

Von erneuten Ausführungen des Ministers Severing lohnt es nur, zwei Feststellungen zu vermerken, die den unhaltbaren Widerspruch der Politik des sozialdemokratischen Polizeiministers deutlich offenbaren. Er versicherte, daß er die Stärke der Schupo, ihre militärische Bewaffnung und Kasernierung auch weiterhin gegen die Forderungen der Entente-Militärkommission verteidigen will; er fügte hinzu, die Agitation des Verbandes nationalgesinnter-Soldaten werde er in der Schupo fernerhin nicht mehr dulden. Mutet der Minister Severing der Arbeiterschaft wirklich noch zu, an solche Kraft zu glauben?

Wenn Severing etwa auf erneute Schonzeit bei den Arbeitern spekulieren sollte — sie wird kaum bewilligt werden.

Der sozialdemokratische Polizeiminister kann sich nicht befreien von den Einflüssen der Koalitionspolitik, die ihm zum Knecht der Reaktion machen.

Anmerkung verdient schließlich noch die Rede des Unabhängigen Mertins, der eine historische Darstellung der Zustände in Ostpreußen und der Vorgänge in Königsberg gab.

Die Debatte zum Innenministerium wird am Montag zu Ende gebracht werden. Außerdem der Etat des Staatsministeriums.

*

Die Rede des Genossen Charpentier vom Freitag sei nachstehend in kurzem Auszug wiedergegeben. Sie zeigt im Tatsachenmaterial sowohl wie in den politischen Schlußfolgerungen die Schutzpolizei als Hort der Reaktion und Severing als Gefangenen der Konterrevolution.

Die sanften Reden, die hier gehalten wurden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den bürgerlichen Parteien starke Strömungen vorhanden sind, den Sturz der Republik herbeizuführen. Es besteht auch kein Zweifel, daß

die Schutzpolizei gleich der Reichswehr zu einem Instrument der Konterrevolution gemacht werden soll.

Es ist bedauerlich, daß der Minister Severing sich mit Gleichgültigkeit über alle Warnungen aus Arbeiterkreisen hinwegsetzt. Ich muß deshalb zu dem bereits vorgetragenen Material noch einiges hinzufügen, um zu zeigen, wie die monarchistischen Offiziere bestrebt sind, die Polizei der Reaktion dienstbar zu machen. Man versucht, von der Schutzpolizei alle republikanischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen fernzuhalten. Die Beamten, die diese Richtung vertreten, werden schikaniert und bespitzelt. Kennt der Minister den Abteilungsbefehl 126, herausgegeben von dem Major Stellse der Polizeiabteilung Lichtenberg, der in seinem Ton und Wortlaut an die wilhelminischen Zeiten erinnert, wo Kadavergehorsam und Paradedrill die Hauptsache waren? Weiß Herr Severing, der sich auf die Beseitigung eines bürgerlichen Landrats wegen der Teilnahme an der monarchistischen Kundgebung etwas zugute tat, daß der Parteifreund Severings Grützner in Düsseldorf auch nicht abgeneigt ist, „Deutschland, Deutschland, über alles" zu singen? Ist dem Minister bekannt der Ukas dieses Herrn Grützner, **in dem den Schupobeamten verboten wird, sich mit Beschwerden an die Oeffentlichkeit durch die Presse zu wenden?** Will Herr Severing, indem er dieses Verbot duldet, verhindern, daß

die reaktionären Schweinereien in der Düsseldorfer Schupo totgeschwiegen werden?

(Sehr gut! bei den Komm.)

Ich frage den Minister Severing, was tut er, um dem Mißbrauch der Schutzpolizei bei der Veranstaltung von nationalistischen Demonstrationen und bei der Verhinderung oder Störung von Gegendemonstrationen der republikanischen Arbeiter ein Ende zu bereiten? Am 11. Juni hat in Wittenberg eine Stahlhelm-Veranstaltung stattgefunden, die republikanische Einwohnerschaft hat eine Demonstration veranstaltet und die Führer **der dortigen Schupoabteilung sind mit dem ruhigen Verhalten der Schupobeamten den Demonstranten gegenüber gar nicht zufrieden gewesen.** Einer der Offiziere besaß die Unverschämtheit, den Beamten Schlappheit vorzuwerfen,

man hätte die Leute niederknallen sollen.

(Hört, hört! links.) Ein anderer Offizier sagte, es hätte mit dem Kolben dazwischengehauen werden müssen. (Hört, hört! links.) Herr Severing, was werden Sie gegen den Polizeioberleutnant Lieber unternehmen, der mit dem Stahlhelm auf der Brust in die Kaserne kam, sich einen Tschako aufsetzte, einen Beamten mitnahm

und den Schutz der Reaktion gegen die Republik übernahm?

Was wird dem Oberleutnant Schulz geschehen, der vom Schlagen mit Kolben und vom Dazwischenschießen gesprochen hat? Was geschieht mit den Vorgesetzten, die die Führer des Schraderverbandes aus Magdeburg maßregelten, die den Stettiner Vorsitzenden versetzten, nur weil sie die Teilnahme an den monarchistischen Treibereien in der Schupo ablehnen. Es wird die höchste Zeit zu scharfem Durchgreifen. Wenn solche Provokationen gegen die Regierung früher stattgefunden hätten, wären die Veranstalter unbedingt wegen Hochverrats vor Gericht gestellt worden.

Herr Severing aber erledigt diese skandalösen Dinge mit einer einfachen Handbewegung.

Er meint wohl, es genüge, gegen die revolutionären Arbeiter bei jeder Gelegenheit scharfe Seiten aufzuziehen. (Sehr gut! bei den Komm.)

Sie (zu den Sozialdemokraten) jammern über die Zerrissenheit der Arbeiterklasse, wie Scheidemann es vor kurzem in Kassel getan hat, als ihn der monarchistische Mordbube bedroht hatte. Sie **denken aber nicht daran, den Weg zu verlassen, der die Arbeiterschaft trotz ihrer gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Macht der Bedrohung durch die Konterrevolution** aussetzt. Wenn die Bourgeoisie jetzt ihre Angriffe auf das Proletariat fortgesetzt erneuert, wenn heute überall die Konterrevolution marschiert,

so nicht aus dem Gefühl eigener Stärke, sondern weil die Sozialdemokratie durch ihre Gemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie, durch die Gleichgültigkeit der Regierung der Reaktion fortgesetzt neuen Mut macht, besonders durch die Verfolgung der revolutionären Proletarier.

Die Arbeiterschaft ist gegenwärtig die einzige Macht, die bereit und imstande ist, die Republik zu verteidigen. Sie wird es nicht tun aus Liebe zu dieser Republik der Schieber und Wucherer, sondern sie wird für die Republik eintreten, um zu verhindern, daß die Konterrevolution siegt, **daß aus Deutschland ein Horthy-Ungarn wird.** (Beifall bei den Komm.)

Tagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau

4. Sitzung. 9. Juni, morgens.

Die Morgensitzung wurde durch das Referat des

Genossen Friis über die Kommunistische Partei Norwegens

eingeleitet. Nach seiner Meinung durchlebt die Partei eine gewisse Krise. Wohl ist das Land klein. Der Prozentsatz der Bevölkerung aber, der auf die Parteimitgliedschaft entfällt, ist höher als sonst irgendwo. Die politischen Erfahrungen der Partei sind von internationaler Bedeutung. Im Parlament sitzen 29 Kommunisten und 47 andere radikale Abgeordnete. Die linken Radikalen, die rechten Sozialisten und die Kommunisten haben insgesamt 76 Stimmen, um 2 Stimmen mehr, als der Regierungsblock mit seinen 74 Abgeordneten. **Die Regierung hängt bis zu einem gewissen Grade von der Stellung der Kommunisten ab.** Wir hätten sie stürzen können, wir haben dies aber nicht getan. Genosse Schefflö, der Führer der Parlamentsfraktion, erklärte, daß es unsere wichtigste Aufgabe ist, die rechte Partei zu schwächen. Er sagte damit, daß er nicht gegen alle bürgerlichen Parteien gleich scharf kämpfen würde. Eine gewisse Unentschlossenheit kam damit zum Ausdruck. Die Lage der Gewerkschaften ist auch schwierig. An dem letzten großen Streik im vorigen Jahre, der fünf Wochen dauerte, nahmen 120 000 Arbeiter teil. Die Regierung hat während dieses Streikes alle Mittel einschließlich der bewaffneten Macht angewendet. Die Gewerkschaften sind jetzt, nach diesem Streik, in einer ernsten Lage; die Gewerkschaftskassen sind leer. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Zwangsschiedsgerichte im Falle wichtiger Streiks dem Parlament vorgelegt. Das Zentralkomitee der Partei sprach sich anfangs gegen dieses Gesetz aus. Die Parteikonferenz billigte es aber unter dem Druck der Gewerkschaften, besonders mit Rücksicht darauf, daß das Gesetz bloß für ein Jahr und mit einer Reihe von Beschränkungen erlassen wird. Eines der Motive für die Annahme dieses Gesetzes war die Furcht, daß die Sozialdemokraten, falls die Kommunisten nicht dafür stimmen, das Gesetz annehmen würden und auf diese Weise sich als die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse ausgeben würden. Nach der Annahme des Gesetzes setzte aber in der Partei die Kritik dieses Schrittes ein. Dies verschärfte die Parteikrise.

Auch in der Frage der Einheisfront ist die Parteiauffassung nicht einheitlich. Die Taktik der Einheitsfront wird von jenen Elementen kritisiert, die seinerzeit gegen die Beschlüsse des Zweiten Kongresses und reformistisch waren. Die Partei als Ganzes hat nicht von der Taktik der Einheitsfront Gebrauch gemacht. Sie hat nicht die Initiative ergriffen. Infolgedessen entstanden Meinungsverschiedenheiten in der Partei in bezug auf dei Einheitsfront. Die Lage der französischen Partei hat unser Verhältnis zur Einheitsfront beeinflußt. Unsere Schwankungen wurden von den Sozialdemokraten in Schweden ausgenutzt; da, wo die Kommunisten in der Minderheit sind. Bei den Parlamentswahlen im vorigen Jahr haben wir 200 000 Stimmen und 29 Mandate, die Sozialdemokraten bloß 83 000 Stimmen und 9 Mandate bekommen. Jetzt sagen die schwedischen Sozialisten: Die norwegischen Kommunisten wollen nicht die Einheitsfront, da sie über die Mehrheit verfügen. Auch wir wollen keine Einheitsfront, da wir hier über die Mehrheit verfügen. Die Lage in Norwegen ist eine solche, **daß die Frage der Arbeiterregierung und unsere Teilnahme an ihr bald zu einer aktuellen werden kann.** Es ist deshalb notwendig, diese Frage zu **studieren und der norwegischen Partei bei ihrer Lösung behilflich** zu sein.

Genosse Friis erwähnt am Schlusse seines Referats die Angelegenheit Lians, der von der norwegischen Regierung zur Genuakonferenz als Regierungssachverständiger entsandt und von der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen wurde. Er hat auch einige Tage lang am Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Rom teilgenommen. Nach seiner Rückkehr trat er als entschiedener Gegner der Amsterdamer Internationale auf. Seine diesbezügliche Stellung und Tätigkeit in den norwegischen Gewerkschaften waren von großem Einfluß auf den Beschluß der Kongresse der drei norwegischen Gewerkschaften, sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen. Aus diesem Grunde hatte der Ausschluß Lians gewisse Schwierigkeiten im Gefolge, da diese Sache den Arbeitern nicht klar ist.

An der Debatte nahm

Genosse Kuusinen

teil. Er war verwundert über die bloß akademischen Gespräche der Genossen über den Sturz der Regierung. Nach seiner Ansicht ist das **Gesetz über die Zwangsschiedsgerichte arbeiterfeindlich.** In seiner Annahme durch die Kommunisten sieht er den **Einfluß des parlamentarischen Kretinismus.** Diese Annahme war zweifellos ein Fehler. Die Kommunisten werden gezwungen sein, Tag für Tag gegen das Gesetz zu kämpfen. Die Befürchtung der Kommunisten, daß die Arbeiter infolge der Ablehnung des Gesetzes unzufrieden sein werden, war falsch, die Arbeiter werden gerade wegen der Annahme unzufrieden sein. Genosse Kuusinen hebt den mangelnden Willen zum Kampfe in der norwegischen Partei hervor. Was die Einheitsfront betrifft, so drückt Genosse Kuusinen sein Beileid über den Mangel an Einhelligkeit über diese Frage aus. Er sagt, es handelt sich nicht nur um die Losung, sondern auch um ihre Anwendung und um die entsprechende Vorbereitung der Verhältnisse, als deren natürliche Folge die Einheitsfront entstehen soll. Der Redner verurteilt das Spiel der Kommunisten mit der Regierung.

Die Regierung zahlt einen geringen Preis für dieses Spiel, der noch geringer ist als jener, den die schwedische Regierung ihren Sozialdemokraten zahlt. Was den Ausschluß Lians betrifft, so muß man zugeben, daß er wirklich einen Einfluß in den Gewerkschaften hat. Er ist aber zweifellos Opportunist, wie übrigens auch mancher andere in der norwegischen Partei.

In der weiteren Debatte trat zum zweiten Male

Genosse Friis

auf. Er polemisierte gegen Genossen Kuusinen und wies darauf hin, daß der bürgerliche Block im norwegischen Parlament, der hauptsächlich die Kleinbauernschaft vertritt, unter gewissen Bedingungen mehr geben würde, als die rechtssozialistische Regierung. In Norwegen ist keine starke rechtssozialistische Partei vorhanden. Deshalb ist die Frage der Arbeiterregierung noch komplizierter, als in vielen anderen Ländern. Das Gesetz der Zwangsschiedsgerichte ist bloß für ein Jahr und mit einer Reihe von Beschränkungen und Klauseln erlassen. Wäre die Regierung gestürzt, so hätte sich nichts geändert. Die Hauptsache ist das Vertrauen der Massen. (Fortsetzung folgt.)

Gründung einer freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation

Leipzig, 18. Juni. In Gegenwart von 62 Delegierten, die 13 Beamtenverbände vertraten, fand am Sonntag in Leipzig die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt. Da es sich im wesentlichen um die Verbände des Deutschen Beamtenbundes handelt, die in einem ausgesprochenen Gegensatz zu der Beamtenpolitik der freien Gewerkschaften stehen, ist damit auch gleichzeitig die Spaltung des bisherigen Deutschen Beamtenbundes vollzogen. — Da sich der neugegründete „Allgemeine Deutsche Beamtenbund" dem ADGB. anschließt, erhielt dieser dadurch einen großen Zuwachs.

Streik der Schiffsmaschinisten in Kehl

Straßburg (Elsaß), 19. Juni. Die Maschinisten und ein Teil des technischen Schiffspersonals im Hafen von Kehl sind in den Streik getreten. Die Arbeitgeber haben die Aussperrung beschlossen, falls die Arbeit heute nicht wieder aufgenommen wird. Man erwägt, die beladenen Schiffe, die in großer Anzahl im Kehler Hafen liegen, in Straßburg entladen zu lassen.

Sowjet-Rußlands Abrüstungsoffensive

(Rosta) **Moskau,** 16. Juni.

Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat an die Regierungen Lettlands, Estlands, Finnlands und Polens eine Note gerichtet, in der hervorgehoben wird, daß die Konferenz von Genua die Erwartungen, die die breiten Massen Europas in sie gesetzt hatten, nicht gerechtfertigt habe. Die russische Delegation hat im Interesse aller Völker den Antrag gestellt, in Genua über die Frage der allgemeinen Abrüstung zu verhandeln. Infolge des Widerstandes der französischen Delegation wurde der Antrag der russischen Delegation abgelehnt. Seiner Friedenspolitik getreu, hat Rußland beschlossen, sich an die Regierungen der obengenannten Republiken mit dem Vorschlage zu wenden, ihre bevollmächtigten Vertreter zu einer Konferenz zu delegieren, wo gemeinsam mit Rußland über die Frage der Verminderung der bewaffneten Streitkräfte der genannten Länder verhandelt werden soll. Die russische Regierung ist bereit, auch mit anderen Ländern, die in der Territorialfrage und auch in anderen Fragen mit Rußland noch zu keiner Einigung gelangt sind, sowie auch mit weiter von Rußland entfernten Ländern in Verhandlungen über die Abrüstungsfrage zu treten.

*

Das Proletariat der ganzen Welt wird diesen Abrüstungsvorschlag der russischen sozialistischen Republik mit Befriedigung begrüßen und diesen im Kampfe gegen imperialistische Kriege tatkräftigst unterstützen.

In den Tagen der Eröffnung der Haager Konferenz, die den Versuch Genuas, auf wirtschaftlichem Gebiete das durch den Weltkrieg zerstörte Europa wiederherzustellen, weiterführen soll, kommt dieser Abrüstungsoffensive Rußlands eine erhöhte Bedeutung zu. Mag nun der Vorschlag angenommen oder abgelehnt werden, die Arbeiterschaft muß ihn aufgreifen und im Kampfe gegen den Krieg ausnützen.

Wir machen auf diese Abrüstungsoffensive auch das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam aufmerksam, das einen Weltkongreß gegen den Krieg vorbereitet und alle möglichen Allerweltsbeglücker dazu einlädt.

Von der britischen Hungersnot

„Daily Herald" meldet aus Glasgow, daß ein dortiges Stahlwerk kürzlich eine Anzahl Arbeiter neu einstellte. Die Betreffenden waren aber durch den Hunger einer langen Arbeitslosigkeit so geschwächt, daß sie im Betrieb zusammenbrachen und in ärztliche Pflege genommen werden mußten. Das englische Arbeiterelend ist die Folge der schändlichen Taktik der englischen Gewerkschaftsbureaukratie (Amsterdamer Internationale).

Aus der Provinz

Großes Unglück in einer Dürrenberger Badeanstalt

60—70 Personen in die Saale gestürzt. — Bis jetzt 5 Todesopfer. — Weitere Personen werden vermißt

Anläßlich des Schau- und Wettschwimmens des Dürrenberger Schwimmvereins stürzten infolge Umkippens des überlasteten Laufstegs in der Badeanstalt **60 bis 70 Zuschauer in die Saale.** Bis **jetzt sind 5 Todesopfer zu verzeichnen,** darunter ein Kind und vier Frauen; außerdem werden noch einige Kinder und Frauen vermißt, so daß leider mit weiteren Opfern gerechnet werden muß. Die Ursache des Unglücks war, daß zu viele Zuschauer die Laufstege besetzt hatten und an die äußere Kante des Laufstegs drängten, wodurch zwei Drittel des 35 Meter langen Stegs kippte.

Festgestellt muß werden, daß der Sicherheitsdienst, wenn ein solcher überhaupt seitens des festgebenden Vereins organisiert war, absolut nicht funktioniert hat. Der Besitzer der Badeanstalt (Vorsitzender des DSV.) war sich anscheinend bewußt über die Folgen des gedankenlosen Verhaltens und Drängelns der meist bürgerlichen Zuschauer, denn er hat wiederholt gewarnt. Das kann ihn jedoch von einer gewissen Verantwortung nicht entbinden, denn er hatte die Pflicht, seinen Warnungen mit Hilfe des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes eventuell auch mit Hilfe der Polizei, wenn es durchaus bei den bürgerlichen Herrschaften ohne Polizei nicht geht, Nachdruck zu verleihen. Hätte er sowohl wie der kommissarische Amtsvorsteher vor dem Unglück dieselbe Energie aufgebracht wie dem Kreistagsabgeordneten Gen. Schmöller gegenüber, der brutal hinausbugsiert wurde, als er sich im Interesse und Aufklärung der Schuldfrage über die Ursachen und Umfang des Unglücks überzeugen wollte, so wäre das Unglück vielleicht vermieden worden. Bezeichnend ist, daß der Arbeiter-Schwimmverein am Mittwoch vor dem Unglück beschlossen hatte, zu seinem Werbeschwimmen Zuschauer innerhalb der Badeanstalt wegen ihrer primitiven Beschaffenheit nicht zuzulassen ,diese vielmehr auf die hochgelegene Schleuseninsel zu plazieren, von wo der Schwimmsport hätte gut beobachtet werden können.

Man soll uns angesichts der tiefbeklagenswerten Todesopfer verschonen mit den geistlosen Redensarten, daß nach einem Unglück ein jeder klug reden könne. Jedenfalls steht fest, daß die organisierte Arbeiterschaft sich stets der Verantwortung bei großen Menschenansammlungen bewußt ist, daß dort die Ordner streng auf Ordnung halten und in jedem Falle Arbeitersamariter zur Stelle sind, was leider auch gestern vermißt wurde. Nach dem Unglück waren vom Leunawerk im Auto schnellstens die Rettungsmannschaften mit Sauerstoffapparaten zur Stelle, was anerkannt wird, auch suchte man die Saale nach den Vermißten ab. Beschämend ist es jedoch für die DSV., daß nur wenige Mitglieder im Schwimmdreß sich an dem Rettungswerk beteiligten; feststeht, daß ein Teil sich in die Kabinen verkroch und andere klagend dastanden. Genosse Brehme vom Arbeiterschwimmverein warf seinen Rock ab und sprang mit der übrigen Kleidung in die Saale und rettete 2 Frauen und 1 Kind. Jedenfalls hätte das Unglück so leicht nicht passieren können, wenn die langen, starken Stämme, die früher unter den Laufstegen sich befanden, nicht beseitigt worden wären, weil dadurch die Tragfähigkeit bedeutend vermindert worden ist. Es muß strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen gefordert werden. Wir fragen: Ist der Ortspolizeibehörde die Veränderung an der Badeanstalt gemeldet worden und ist daraufhin eine erneute Feststellung auf die Sicherheit der Holzbauten gemacht worden? Sind ferner mit Rücksicht auf das Fest von seiten der Sicherheitspolizei alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen verlangt und getroffen worden?

Bitterfeld

Ortsausschuß. Sitzung des Kartellvorstandes, der Gewerkschaftsbeamten usw. Freitag, den 23. Juni, abends 6 Uhr, im „Bürgergarten". Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220619-10/fragment/page=0003

„Seine Majestät“ in Wolfen

In der Nr. 135 vom 13. Juni des „Anhaltischen Volksblattes“ trillert die Redaktionslerche wieder einmal ein Loblied auf die „Aufbautätigkeit“ des Kapitals, insbesondere auf den Anilinkonzern in Wolfen. Dabei ist ihr scheinbar auf Grund ihrer engen „Tuchfühlung“ mit den Massen gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß sie durch ihre byzantinischen Lobhudeleien auf S. M. Peus, König von Anhalt (ungekrönte Auflage) anläßlich seines Besuches bei seinem hohen Vetter, dem „Großen Kurfürst von Bobbau“ mitsamt seinem liebedienernden Troß der gesamten Arbeiterschaft der Wolfener Werke in den Rücken fällt. Um aber die ganze Schamlosigkeit dieser Auchsozialisten den Arbeitern aufzuzeichnen, lassen wir den Bericht der Arbeiter aus diesen Werken selbst sprechen.

Antwort der Wolfener Arbeiterschaft an Herrn Peus, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eine Besichtigung der Agfa-Fabriken fand am Dienstag, dem 12. Juni, durch den Anhaltischen Landtag, geführt von dem Großen Heinrich, statt, über welche das „Volksblatt“ einen derartigen Lobartikel bringt, wie ihn sich kein Unternehmer als bessere Reklame wünschen kann, und daß man sich nur wundern muß, warum die Schmoks des „Volksblattes“ nicht ihren harten Redaktionssitz mit dem Wolfener Eldorado vertauschen.

Wir können hier unmöglich auf das ganze Geschreibsel eingehen, fordert doch die ganze Tendenz des Artikels und fast jeder Satz zum Widerspruch der Arbeiterschaft heraus. Die Empörung der ganzen Belegschaft wird es Herrn Peus wohl klarmachen, welchen Nutzen er stiftete für die kapitalistische Clique, wie er ihnen huldreich seine Hand reichte zur Hilfeleistung für die Kampagne des Lohnabbaus und der Durchbrechung des Achtstundentages und zum anderen. Vor allem hat es dem „Volksblatt“ die große soziale Fürsorgetätigkeit und die hygienische Einrichtung angetan. Nun, wir haben wohl gesehen, daß die Herren in dem behaglichen Filmzuge von einer Fabrik zur anderen befördert wurden; wir haben auch gesehen, daß sie es sich in dem Kasino wohl sein ließen, **aber wir haben nicht gesehen, daß sie sich in den Betrieben unterrichteten, die als besonders gesundheitsschädlich gelten. Sie haben mit keinem Arbeiter gesprochen.**

Die „sozialistischen“ Abgeordneten hielten es nicht für nötig, sich durch Gespräche mit ihren Klassengenossen darüber zu unterrichten, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Es ist doch ein wahrer Hohn, wenn da geschrieben steht, daß „man zwar in der Farbenfabrik überall einen feinen Aetherduft riecht (warum nicht Kölnisch Wasser?), daß aber sonst die Werke bei höchst geräumiger Bauweise peinlich sauber gehalten sind“ usw. Fehlen bloß noch die wohlgenährten, von Gesundheit strotzenden Gestalten der Arbeiter, die zufriedenen Gesichter, spielenden Kinderscharen, und das paradiesische Bild à la Bellamy ist fertig. Ja, Herr Peus, warum wohl fehlten die von Gesundheit strotzenden Gestalten der Arbeiter? Herr Peus, wir wollen Sie aufklären über dieses „Rätsel“.

Haben die Herren einmal ihre schätzbaren Lungen längere Zeit in dem mörderischen Amidonbetrieb gehabt, dessen Arbeiter täglich ein Liter heiße Milch haben müssen? Waren sie in Mischsalz-, Schwefelschwarz-, Sulpho- und ähnlichen Betrieben der Farbenfabrik? Haben Sie in der Filmfabrik sich auch mal in der Absorption, der Acetyl-Gießerei der Gelatinierung der Präparation mit den heißen Waltenzieherböden umgesehen? Haben Sie auch mal die Zellulose-Versuchsabteilung (vulgo „Seidenbude“) bewundert? Haben Sie auch nur mal einen Arbeiter gefragt, wie ihm die Nachtschicht bekommt? Haben Sie auch nur eine Ahnung, was es heißt, in einem Raume zu atmen, dessen Fenster nie geöffnet werden können und dem dauernd künstliche Luft durch Luftkanäle zugeführt werden muß, wenn die Absorption versagt und die Gift- und Stankluft zur Flucht zwingt? Wissen Sie, daß die Gießereiarbeiter besonders nach der Nachtschicht halb betrunken (infolge der Dämpfe) nach acht Stunden an die frische Luft aus dem Betrieb hinausgehen? Oder was es heißt, jahraus, jahrein bei rotem Licht zu arbeiten? Nein, das ist alles nicht der Fall. Die Herren haben nur die Oberfläche gesehen, in die Tiefe sind sie nicht gedrungen, sonst wäre ja das „Diner“ verdorben.

War die Empörung schon groß, als die sozialistischen Abgeordneten (die doch früher auch mal Proletarier gewesen sein sollen) sich absolut keine Mühe gaben, durch Verkehr und Befragung ihrer Klassengenossen Verständnis und Solidaritätsgefühl kund zu tun, so ist sie noch viel größer geworden durch den überschwenglichen Lobartikel des „Volksblattes“. Um so mehr als auch bei dieser Gelegenheit den dreimal verdammten Kommunisten eins ausgewischt werden muß. Also, dem „Volksblatt“ ist es „unverständlich“, wie in dem Werk Kommunisten entstehen können, als sei es möglich (welch ein Deutsch), solch ein Werk plötzlich seitens kommunistisch denkender Arbeiter fortzuführen. O je, Herr Peus, wenn schon in solchen Situationen Kommunisten entstehen können (Bölsche leitet bekanntlich die Entstehung des Menschen anders ab, und Kommunisten sind doch auch Menschen), dann aber schnell eine Vorlage im aLndtage betreffend Vernichtung der Brutstätte des Kommunismus.

„Im Gegenteil“, fährt Peus in seinem Berichte fort, „kommt einem hier wie irgendwo zum Bewußtsein, daß der Kapitalismus im Sinne des Großkapitals der unentbehrliche Vater des Sozialismus ist? Ohne aus reichem Ueberfluß schöpferische Aufbauarbeit (400 Millionen Reingewinn!) ist auch das nicht möglich, was wir Sozialisten erstreben, wenngleich natürlich auch die Kritik des Sozialismus, seine aufopfernde Tätigkeit (aufopfernde Tätigkeit des Herrn Peus, „im Sinne des Großkapitalismus“!) nicht minder dazu erforderlich ist“. So das „Volksblatt“. Soviel Worte, soviel Unsinn. Also, diese aus reichem Ueberschuß schöpfende Aufbauarbeit ist für das sozialistische „Volksblatt“ unentbehrlich. Hört es, Arbeiter! Je mehr Reingewinn aus Eurer Arbeit dem Großkapital erwächst, je mehr aus Euren Knochen herausgepreßt wird, um so besser für den „Sozialisten“ Peus. Das ist denn doch die Höhe! Wenn so die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten werden, dann darf sich auch das „Volksblatt“ nicht wundern, daß die Zerbster Stadtratswahl so ausgefallen ist. An einer derartigen Vertretung hat kein Proletarier Interesse und schließlich ist es besser, man hat mit einem ehrlichen aufrechten Gegner zu tun, als mit einem Freunde, der alle Augenblicke was anderes werden kann. Wenn das „Volksblatt“ glaubt, daß die Anhänger einer Partei, die es täglich in der gemeinsten Weise beschimpft, als Verbrecher und Gesindel hinstellt, es billigt, daß überzeugungstreue Proletarier in den sozialdemokratischen Zuchthäusern verrecken und mißhandelt werden, nun gezwungen sind, die Herren bei jeder Gelegenheit in den Sattel zu heben oder aus der Patsche herauszureißen, bloß weil sie früher mal Sozialisten waren und sich jetzt noch so schimpfen, so dürfte es vielleicht noch manche Ueberraschung erleben. Apropos, Herr Peus, können Sie sich wohl noch erinnern, was im September 1903 in Dresden ein gewisser August Bebel, der, wie wir nicht irren, auch Sozialist war, Ihnen und Ihresgleichen zugerufen hat bei Gelegenheit der Debatte über die Revisionisten und die Taktik? Oder kann sich Herr Peus seiner Worte im Jahre 1913 erinnern über den Massenstreik? Und weiter, wie war es vor drei Jahren? Damals „marschierte“ doch die Sozialisierung, also auch die der Wolfener Betriebe. Und heute — da marschiert die Sozialisierung auch, aber zum Teufel oder zu Stinnes, von dem ja die heutige Sozialdemokratie nichts mehr trennt. Es soll durchaus fern liegen, etwa die umfassende soziale Fürsorgetätigkeit der Werksleitungen in Frage zu stellen, wie das Wohlfahrtsheim (wo sich der „Volksblatt“schreiber nach Wörlitz versetzt glaubt), die große Kolonie und die 500 Häuser allerdings wohl mehr für die Herren Beamten und Angestellten (die Baracken, besonders die Strohschneidersche, haben die Herren wohl nicht bewundert!), die Speisesäle usw. Aber schließlich liegt doch das alles im Interesse der Firma und die Arbeiterschaft ist es doch, die in letzter Linie aus ihrem Arbeitsertrage die Kosten zahlen muß.

Dann noch eins: Daß aus dem Achtstundentag durch die lange Bahnfahrt oft 12, 13, ja sogar 15 Stunden werden, rechnet das „Volksblatt“ nicht. Möge doch mal der „Volksblatt“schreiber drei Schichten in den verschiedenen genannten Betrieben mitmachen, früh, mittags und nachts. Vielleicht denkt er dann über das Wolfener „Paradies“ noch etwas anders, wie die meisten Nichtbeteiligten, besonders in Dessau.

Wir aber werden uns daran gewöhnen, von jetzt an statt nach Wolfen nach Wörlitz zu fahren.

Dies die Antwort der Wolfener Arbeiterschaft an Herrn Peus.“

Man braucht hier nichts hinzuzufügen. Darum, Arbeiter der Anilin- und Filmfabrik Wolfen, Augen auf, seht Ihr, wo Euer größter Feind sitzt? In Eure eigenen Reihen leuchtet hinein, heraus mit dem Troß der ungekrönten Könige, seht Euch die Schwätzer von Bobbau an. Es heißt handeln, laßt Euch von diesen Schmierfinken nicht beirren, heraus mit den Schmutzblättern der Trabanten des Kapitals, heraus mit der Harmoniedusele der Arbeitsgemeinschaften. Klassenkampf, schärfster Kampf gegen alle, die sich der Befreiung der Arbeiterklasse hinderlich in den Weg stellen.

Bitterfeld

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Kursus 3 (Gutmann) Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 5¼ Uhr, im Stadtverordnetensaale, Rathaus. (Haftung für Handlungen der Betriebsräte.)

Eine 10-Millionen-Anleihe. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, eine Anleihe von 10 Millionen Mark aufzunehmen. 7 Millionen Mark sollen zum Bau eines Wasserwerks Verwendung finden.

Elsterwerda

Ein Raubüberfall wurde Sonnabend auf der Straße Döllingen—Plessa auf zwei Angestellte der Döllinger Braunkohlenwerke verübt. Als die beiden Angestellten an einem Kornfelde vorüberkamen, sprangen plötzlich zwei Männer daraus hervor, hielten den Angestellten einen Revolver auf die Brust, entrissen dem einen die Tasche mit 120 000 Mark Inhalt und drohten sie niederzuschießen, wenn sie sich verteidigen würden. Nachdem Hilfe herbeigeholt war, wurde die Verfolgung zu Fuß und zu Rad aufgenommen. Hinter Plessa auf der Straße nach Hirschfeld wurden die beiden Täter gestellt. Auf einer dort befindlichen Wiese kam es nun zu einem regelrechten Feuergefecht. Der eine der Täter schoß sich, da eine Flucht nicht mehr möglich schien, eine Kugel in den Kopf, an deren Folgen er inzwischen starb. Auch der andere ist verwundet worden. Er wurde dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Von dem geraubten Gelden fehlen vier Lohnbeutel mit etwa 4100 Mk.

Lauchhammer

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug. Als am Sonnabend der Kohlenzug nach Koyne fuhr, bemerkte man einen Mann, der langgestreckt auf den Schienen lag. Der Zug, auf dem fünf Bedienstete der A.-G. Lauchhammer saßen, hielt deshalb an. Die Mitfahrenden stiegen ab. In demselben Augenblicke sprang der auf den Schienen Liegende, den man für tot hielt, auf und schoß mit dem Rufe „Hände hoch!“ auf das Zugpersonal. Ein zweiter Beteiligter, welcher sich solange in einem Seitengebüsch versteckt hielt, streckte den Ueberfallenen ebenfalls einen Revolver entgegen, sprang alsdann in den Zug und holte die sich darin befindlichen zwei Kisten mit Lohngeldern heraus. Es gelang, dem Diebe einen Kasten zu entreißen, mit dem zweiten Kasten aber, welcher etwa 150 000 Mk. enthielt, sind die Täter unerkannt entkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Silbermann; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“: **Konferenz sämtlicher Parteifunktionäre.**

Fraktion der Bauarbeiter. Montag, den 19. Juni, abends 6½ Uhr, im „Volkspark“: **Wichtige Besprechung.**

Fraktion der Holzarbeiter. Montag, den 19. Juni, abends ½8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Wichtige Sitzung.**

Kartellfraktion. Mittwoch, den 21. Juni (nicht Dienstag), abends 7½ Uhr, im II. Zimmer der „Produkt.-Genossensch.“: **Wichtige Sitzung.**

Komm. Jugend, Halle. Alle Mitglieder, die zur Verschönerung der Sonnenwendfeier beitragen wollen, werden gebeten, heute abend 7 Uhr nach dem „Jugendheim“, Rathausstr. 16, zu kommen. Wer einige passende Rezitationen weiß, bringe sie mit.

Böllberg-Wörmlitz. Alle Funktionäre des Distrikts 21 treffen sich vollzählig und pünktlich am Dienstag, dem 20. Juni, abends 8 Uhr, in Wörmlitz bei Rauschenbach.

Halle-Saalkreis.

Könnern. Dienstag, den 20. Juni, abends ½8 Uhr, im „Bürgergarten“: **Funktionärsitzung.**

Kreis Merseburg.

Merseburg. Montag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“ (Kleiner Saal) **Funktionärkursus.**

— Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“: **Frauenleseabend.**

Dürrenberg. Dienstag, abends 8 Uhr, im „Kronprinz“: **Vollversammlung** der Arbeiter-Sportvereine und der KPD.

Kreis Zeitz.

Zeitz-Weißenfels des Bergbaues der KPD. Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 3½ Uhr, im Gasthof „Dianasaal“: **Betriebsrats-Konferenz.**

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Dienstag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr, bei Freudenberg: **Wichtige Sitzung aller Partei-Funktionäre.**

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Dienstag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr, im Häßerschen Lokale: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

An die Stadt- und Landbewohner!

Aufpassen!

Zahle für das Kilo:

Bücher u. Zeitungen	Mk. 5,00
Lumpen (unsortiert)	„ 3,00
Alt-Eisen bis	„ 3,00
Kupfer	„ 40,00
Rotguß	„ 30,00
Zink und Blei	„ 14,00

Außerdem kaufe ich **Wein- u. Sektflaschen** usw.
Hole auch ab, Karte schreiben genügt.

Curt Zöhl.

Hauptgeschäft: **Kl. Ulrichstr. 26,** Hof
Telephon 4995. 2580

1. Filiale: **Schwetschkestraße 36,** Ecke Bertramstr. Telephon 1356
2. Filiale: **Albrechtstraße 24,** Hof, Inh.: **Gustav Helmert.**
3. Filiale: **Fritz-Reuter-Straße 1,** Inh.: **Otto Kietz.**
4. Filiale: **Seydlitzstraße 6,** Hof, Inh.: **Hermann Latzoda.**

Fahrt von außerhalb wird vergütet.

Möbel jeder Art empf. in großer Auswahl! **G. Schaible** Möbel-Fabrik Große Märkerstr. 26 am Ratskeller. 459

Bettstellen mit Patent- u. Auflage-Matratzen zu verk. 2577 **Kurt Hoffmann,** Ludwig-Wuchererstraße 37.

Optiker **C. Schaefer,** Große Steinstraße 29a liefert für *425 **alle Krankenkassen.**

Parteischriften Volksbuchhandlung

Stadttheater Dienstag, d. 20. Juni Anf 7½, Ende 10½ Uhr: **Alt-Heidelberg** Schauspiel v. Meyer-Förster Mittwoch: **Rigoletto.**

Walhalla Dir. Jos. Milos. Das Neue Internation. — Varietee. — Beginn 8 Uhr. Vorverkauf 10—1 u. ab 6 Uhr.

Bauschule Rastede (Oldenb.) von C. Rohde. *534 Vorbereitung auf die Meisterprüfg. u. Polierkurse. Programm frei.

Asthma kann **geheilt** werden Sprechstunden in **Halle, Magdeburger Str. 60,** II Tr., jeden Sonnabend v. 10—1 Uhr. *423 **Dr. med. Alberts,** Spezialarzt, Berlin SW 11.

Ersten **Maschinenarbeiter** sowie **Möbeltischler** sucht 2578 **Schönbrodt Nachf.,** Steinweg 17.

Leipziger Straße 88. **UT** Alte Promenade 11a

Die **Abenteurerin von Monte Carlo.** 2. Teil: **Marokkanische Nächte.** mit Ellen Richter. — **Der Sieg der Kraft.** Amerik. Sensationsfilm in 5 Akten.

Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels. 2. Teil: **Durch Schiffbruch zum Strande.** — **Hundstage.** Reizendes Lustspiel in zwei Akten. — **Deutsche Kampfspiele.**

2581 Beginn: Wochentags 4 Uhr.

Für Markensammler! Russische Briefmarken. **Volksbuchhandlung, Harz 42/43.**

Jugendschriften, Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung** Harz 42/44.

Merseburg.

Zeitungsträger(in) für Merseburg per 1. Juli gesucht. F **Geschäftsstelle des Verlag Klassenkampf** Merseburg, Markt 7. Telephon 672.

Kampfwoche gegen Schund und Schmutz in Wort und Bild.

Montag 3 Uhr: **Eröffnung d. Buchausstellung.** 8 Uhr: **Neue Jugendarbeit,** Vortrag von Dr. Bacher, Halle, **Lautenlieder,** Walter Kretschmar (Aula Oberrealschule).
Dienstag 8 Uhr: **Unterhaltungsabend** (Adler & Falken) Schumanns Garten.
Mittwoch 4 Uhr: **Spielnachmittag für die Schuljugend** (Badwiese). ½8 Uhr: **Unterhaltungsabend** (Badwiese).
Donnerstag ½6 Uhr: **Freilichtspiel** (Badwiese). 8 Uhr: **Lichtbildervortrag,** Thiessen, Merseburg (im Schützen).
Freitag ½8 Uhr: **Kampf der Jugend,** Vortrag Fr. Riebold, Dresden (Schützenhaus).
Sonnabend ½4 Uhr: **Unterhaltungsabend für Kinder** (Singschule). ½8 Uhr: **Unterhaltungsabend für Erwachsene** (Volkshaus). Ab 11 Uhr: **Sonnenwendfeier rund um Weißenfels.**
Sonntag 4 Uhr: **Jugendwiese** (Hölzchen am Kreishaus). 1155

Arbeitsgemeinschaft d. Weißenfelser Jugend.

Grünstraße Nr. 29: 458 Einkauf von **Lumpen, Knochen, Papier, Alteisen** und **Metallen** zu den höchsten Tagespreisen. Bei Vorlage dieser Anzeige Extrapreise! Nur **Grünstraße Nr. 29.** Telephon 2131. Telephon 2131.

Transportgurte, Ledertreibriemenabfälle Sattelklappen, sonstige Lederabfälle, Schaftstiefel, Schnürschuhe, Lederpantoffel, neu und getragen, verkauft billig *447 **J. Sternlicht, Alter Markt 11.** Teleph. 1388.

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Elsterwerda.

Tabakwaren!

Der geehrten Arbeiterschaft von Elsterwerda und Umgegend empfehle mein reichhaltiges Lager u. große Auswahl in:

Zigaretten v. 20 Pf. bis 3,00 Mk. das Stck.
Zigarren von 1,20 bis 8,00 Mk. das Stck.
Förstertabak 100 Gramm 10,00 Mk. (besonders preiswert)
Rippentabak ½ Pfund 15,00 Mk.
Zigarettentabak 50 Gramm v. 12,00 b. 30,00 Mk.
Zigarettenpapier, Hülsen, Stopfer usw.

Echt Bruyère-Pfeifen in großer Auswahl, sowie alle **Ersatzteile** und **Mundstücke** für Shagpfeifen. 639

Willy Hemprich, Elsterwerda.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220619-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 19. Juni 1922

Das ganze Proletariat auf den Plan

Die Gefahr der Stunde erfordert den Kampf der gesamten Arbeiterschaft gegen den monarchistischen Aufmarsch

Die konterrevolutionären Musterungen sind nun beendet. Die ...eaktion ist aufmarschiert und zum Losschlagen bereit. In Mittel-...eutschland hat gestern die letzte große Heerschau stattgefunden, die ...en Abschluß aller Vorbereitungen für die bevorstehende Kampf-...eriode bildet. Alles ist bereit. Die monarchistische Reaktion und ...ie hinter ihr stehenden kapitalistischen Junker und anderes ...chieber- u. Raubrittergesindel sehen den Himmel offen. Alles drängt. ...n ihren Zeitungen und durch die nationalistischen Hetz- und Blut-...den bei ihren Fahnenweihen und Regimentsfesten ist die An-...iffsstimmung vorbereitet. Die Zeit ist für sie günstig, weil die ...ührer der Arbeiterschaft durch ihre Gleichgültigkeit die Vor-...ereitungen nicht gestört haben. Sie wollen nicht mehr warten, ...m den Geschäftsreisenden der Monarchie, Hindenburg, als Reichs-...erweser auszurufen. Die Vorbereitungen sind diesmal bis ins ...einste getroffen. Das zeigte auch die gestrige große Felddienst-...ung, die die Sturmtrupps der (bewaffneten) Orgeschformationen, ...e gestern aber ohne Waffen auf Anordnung der Leitung er-...heinen mußten, auf dem Gelände um den Petersberg herum ab-...elten. Die ganze Bevölkerung in der Umgebung von Halle war ...urch diesen Aufmarsch in Atem gehalten worden. In Sonder-...gen, die großen Truppentransporten glichen, in Lastkraftwagen, ...f Fuhrwerken kamen sie angefahren, um an diesem großen Auf-...arsch teilzunehmen. Bereits um 6 und 7 Uhr morgens mar-...ierten die Stoßtrupps, die die Absperrungen vornehmen mußten, ...it Kriegsflaggen und feldmarschmäßig durch die Straßen der ...tadt nach dem Petersberg. Der Aufmarsch mußte gelingen, trotz ...s strömenden Regens, um den Hauptleitungen melden zu können, ...ß in Mitteldeutschland alles Gewehr bei Fuß bereit steht. Und ...r Aufmarsch fand auch statt, wenn auch das Programm in einigen ...eilen abgeändert werden mußte. Es war alles zur Stelle: Stahl-...lmtrupps, Offizierstrupps, feldmarschmäßige Kommandos, Kano-...ere und Maschinengewehrschützen (die Geschütze und Maschinen-...wehre befinden sich bei den Junkern), Feldküchen, Lastautos, ...hnen, schwarzweißrote und Kriegsflaggen, Pferde und Fahr-...uge aller Art usw. Der bayrische Abgesandte konnte mit Zu-...iedenheit feststellen, daß nunmehr der Tag nicht mehr fern ist, ...o Deutschland durch die Monarchie wieder „befreit" wird. Und ...ch all dem, was man gestern dort sah und hörte, ist auch der Tag ...nes zweiten Kapp-Putsches (in blutigerer Auflage) nicht mehr ...rn.

Die Arbeiterschaft muß zu diesen frechen Provokationen und zu den ...rkommnissen der letzten Tage sofort in den Betrieben Stellung ...hmen und die proletarischen Organisationen, die Gewerkschafts-...d Parteileitungen drängen, gegen die drohende reaktionäre Ge-...hr die schärfsten Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Sie müssen ...dern, daß die Gewerkschaften und deren Spitzenorganisation, der ...DGB., den Kampf gegen die monarchistische Verschwörerbande ...fnimmt und solange durchführt, bis die elementarsten Forde-...ngen der Arbeiterschaft erfüllt sind, um alle Anschläge auf die ...epublik unmöglich zu machen. Keine Partei darf jetzt in der ...unde der höchsten Gefahr ihre Interessen in den Vordergrund ...llen und durch ihren Parteiegoismus die Lebensexistenz der Ar-...iter aufs Spiel setzen. Wo die Parteien und Organisationen dies ...otzdem tun, oder zu feige sind, den Kampf für die Interessen der ...beiter zu organisieren, müssen die Arbeiter über die Köpfe der ...ihrer hinweg den Kampf aus den Betrieben heraus organisieren. ...s Barometer der Reaktion steht auf Sturm. Es ist keine Zeit ... verlieren. Es muß sofort gehandelt werden.

Achtung, Parteifunktionäre!

Sämtliche Parteifunktionäre, Distriktsleitungen, Hundert- und ...chnerschaftsführer, Betriebsräte, Betriebsfraktionsvorstände, El-...ternbeiräte, Stadtverordnete, Abgeordnete des Landtages haben zu ...scheinen am Mittwoch, dem 21. Juni, abends 8 Uhr, im Restau-...rant „Volkspark" zu einer großen

Funktionär-Konferenz.

...Mitgliedsbuch der Partei legitimiert.

Lohnbewegung der Metallarbeiter

Die letzte Funktionär-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-...erbandes beschäftigte sich u. a. auch mit der Einreichung ...euer Forderungen zum 2. Juli. Es wurde beschlossen, ...n 16. Juni zu kündigen und folgende Forderungen zu stellen: ...ür alle männlichen Arbeiter über 21 Jahre (gelernt und unge-...ernt) 9 Mk. Zuschlag auf die jetzt geltenden Stundenlöhne; unter ... Jahren 8 Mk., Arbeiterinnen 6 Mk., Lehrlinge 2 Mk., und für ...kordarbeiter 15 Prozent auf den Normalstundenlohnsatz.

Tarifstreit im Versicherungsgewerbe

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit:

Seit einigen Monaten befinden sich die Versicherungsangestellten ...ne tarifliche Regelung. Die Arbeitgeber stehen auf dem Stand-...unkt, daß die Gehälter durch den Reichstarif festgesetzt werden ...üssen, während die Angestellten die örtliche Regelung verlangen. ...ie geldlichen Sätze des Reichstarifes waren am 30. April ab-...laufen, eine Neuregelung konnte nicht erzielt werden, so daß die ...orderung der Arbeitgeber auf reichstarifliche Regelung nicht ge-...chtfertigt ist. Dieses hat auch der hiesige Schlichtungsausschuß ...nerkannt, auch die im Reiche befindlichen örtlichen Schlichtungs-...usschüsse haben sich für Mai durchweg für zuständig erklärt.

Den hallischen Versicherungsangestellten wurden für den Monat ...ai 80 Prozent auf die Dezembergehälter durch Schiedsspruch zu-...esprochen. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß es eine fest-...ehende Tatsache sei, daß die Teuerung um 100 Prozent und mehr ...estiegen ist. Für die Angestellten bedeutete dieser Schiedsspruch ...ine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, trotzdem nah-...men sie ihn an.

Die Arbeitgeber, die dem Schlichtungsausschuß in bewegten Worten dargelegt hatten, daß sie volles Verständnis für die Not ...ihrer Angestellten besitzen, und daß sie gern dazu beitragen, den Wirtschaftsfrieden aufrecht zu erhalten, lehnten diesen Schieds-spruch ab. Damit beweisen die Hallischen Versicherungsdirektoren, daß das ständig von ihnen vorgetäuschte soziale Empfinden ihren Angestellten gegenüber nur eine leere Phrase ist. Wenn sich demnächst Komplikationen ergeben, so tragen sie dafür die volle Verantwortung. Vorläufig ist die Allgemeinverbindlichkeit des Schiedsspruches beantragt. Wird dieser nicht schnellstens stattgegeben, dann dürfte es mit der Geduld der Angestellten zu Ende sein.

Der 1. Mai und die städtischen Arbeiter

Triumphierend berichtet die gesamte bürgerliche Presse, daß der Zentralausschuß in Berlin den Schiedsspruch des hiesigen Schlichtungsausschusses, der bekanntlich die Bezahlung des 1. Mai gefordert hatte, nicht beigetreten sei, sondern sich auf dem Standpunkt gestellt habe, daß der 1. Mai nicht bezahlt zu werden braucht, da der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag sei und keine Bestimmung im Manteltarif enthalten sei, wonach dieser Tag bezahlt werden müsse.

* **Gruppenversammlungen der Betriebsräte.** Dienstag, den 20. Juni, abends 6 Uhr: Gruppe 15 (Sozialversicherung): Gewerkschaftshaus, Restaurationszimmer. Dienstag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr, Gruppe 1 (Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe): Gewerkschaftshaus, Restaurationszimmer; Gruppe 3 (Bekleidungs- und Textilindustrie): Gewerkschaftshaus, Zimmer 6 (Arbeitersekretariat); Gruppe 6 (Graphisches Gewerbe): Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a. Donnerstag, den 22. Juni, abends 7½ Uhr, Gruppe 10 (Lederindustrie): Gewerkschaftshaus, Zimmer 6 (Arbeitersekretariat); Gruppe 4 (Chemische Industrie): Gewerkschaftshaus (Restaurationszimmer); Gruppe 13 (Verkehr): im „Volkspark"; Gruppe 11 (Metallindustrie): im „Volkspark". Das Erscheinen aller Betriebsräte, Betriebsobleute, Arbeiter- und Angestelltenräte der bezeichneten Industriegruppen ist unbedingt erforderlich.

* **Volkshochschule.** In dem 5. Einzelvortrag spricht am Montag, dem 19. Juni, abends 8 Uhr, im Auditorium maximum des Melanchthonianums Polizeiarzt Dr. med. Neuendorff über „Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung" (mit Demonstrationen und Lichtbildern). Einzelkarten an der Abendkasse.

* **Hörervereinigung Halle.** Am Sonntag, dem 18. Juni, findet eine Besichtigung des Zoologischen Instituts unter Führung des Herrn Rensch statt. Treffpunkt: ½10 Uhr, Domplatz. Gäste willkommen.

Der Juni

ist der Monat der Regimentfeiern, der Orgeschrummelfeste und der nationalistischen Provokationen. Im Lager der Konterrevolution wird zum Sammeln geblasen.

Arbeiter! Genossen! Sorgt dafür, daß die wachsende Macht der Reaktion von der Einheitsfront aller Werktätigen zerschlagen wird. — Berichtet über die Vorgänge in anderen Lagern an Partei und Presse.

Haltet Augen und Ohren offen!

* **Die Großbauernhochzeit in der „Saalschloßbrauerei"**, die den Rahmen für das diesjährige Sommerfest der Volksbühne bildet, findet am Mittwoch, dem 21. Juni, und in Wiederholung am Freitag, dem 23. Juni, statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen wird die Vorführung bäuerlicher Hochzeitsbräuche auf dem Gartenpodium sowie eine Lustspielaufführung („Einer muß heiraten") von Künstlern des Stadttheaters stehen. Für weitere Unterhaltung durch Nachmittags- und Abendkonzert, fliegenden Zirkus und mannigfache Kinderbelustigungen, wie die Rotkäppchenaufführung, ist reichlich gesorgt. Eintrittsprogramme für Mitglieder und deren Angehörige (Preis 5 Mk., an der Tageskasse 6 Mk.) in den durch Aushang kenntlichen Stellen und in der Geschäftsstelle.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend 7½ Uhr, gelangt die phantastisch romantische Oper „Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach zur Aufführung. Dienstag „Alt-Heidelberg", Mittwoch „Rigoletto", Donnerstag „Der Zigeunerbaron", Freitag „Fuhrmann Henschel", Sonnabend „Mignon", Sonntag abend „Der Zigeunerbaron".

* **Johann-Strauß-Konzert.** Die Leistungen des Wiener Meisters sind in Halle bekannt. Immerhin ist es interessant zu hören, was die „Hamburger Nachrichten" über sein dortiges Konzert am 8. März schreiben: „Er elektrisierte seine Musiker und Zuhörer. — Er reißt eini mit sich fort, ob man will oder nicht." — Karten bei R. Koch, Alte Promenade 1a.

* **Hallisches Operettentheater.** Kapellmeister Adolfis Operette „Das Marmorweib" wird nur noch einige Male gegeben, da die Einstudierung und Vorbereitung der Operette „Die Schöne vom Strande" rasch fortschreitet. Die bekannten Autoren Dr. Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg haben den Text, und die Musik dazu Viktor Holländer geliefert. Die musikalische Einstudierung liegt in den Händen des Kapellmeisters Lippert. Der Vorverkauf zu dieser Aufführung ist bereits an den Theaterkassen von ½10 Uhr an den ganzen Tag ununterbrochen geöffnet. Auch telephonische Bestellungen werden in derselben Zeit unter Anruf 6183 entgegengenommen.

* **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich am Sonnabend nachmittag an der Ecke Wettiner Straße und Mühlweg. Ein Radfahrer, der den siebenjährigen Sohn des Schulhausmeisters Albrecht der großen Brunnenstraßenschule vor sich auf dem Fahrrade sitzen hatte, kam durch die Wettiner Straße und fuhr in dem Augenblick in schneller Fahrt nach dem Mühlweg rein, als ein Straßenbahnwagen die Straße kreuzen wollte. Der Junge geriet unter den Straßenbahnwagen und wurde überfahren, der Radfahrer kam mit einigen Hautabschürfungen davon. Als man den Straßenbahnwagen emporgehoben hatte, war das Kind bereits tot. — Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich am Freitag nachmittag in der Freiimfelder Straße. Dort lief ein dreijähriger Knabe in einen in voller Fahrt befindlichen Lastkraftwagen hinein. Der Junge wurde zu Boden gerissen und starb wenige Stunden nach Einlieferung in ein Krankenhaus.

* **Selbstmord zweier Studenten.** In einer Wohnung in der Lessingstraße wurden von Hausbewohnern zwei Studenten besinnungslos aufgefunden. Bei einem der beiden wurde der Tod festgestellt, während der zweite mit schwachen Lebenszeichen der Klinik zugeführt wurde. Anscheinend liegt Selbstmord durch Vergiftung vor.

Ammendorf

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß Genosse Karl Pilger als stellvertretender Amtsvorsteher von der Regierung bestätigt worden sei. Weiter wurde der Schiedsspruch für Gaspreise mitgeteilt. Er lautet: vom 1. bis 30. April 5,90 Mk., vom 1. Mai 7,10 Mk. und vom 1. Juni 8,30 Mk. Nach Entlastung des Rendanten wurden in die Wohnungskommission von der Liste der Hausbesitzer gewählt: Wilhelm List (KPD.) und Fritz Höllig (USPD.). Der Wohnungsluxussteuer, der Ankündigungssteuer, der Pachtzuwachssteuer und der Wertzuwachssteuer wurde zugestimmt. Die Kanalbenutzungsgebühren wurden von 3 Prozent auf 6 Prozent erhöht. Da bis jetzt die Grund- und Gebäudesteuer nicht erhoben worden waren, wurde beschlossen, sie in diesem Jahre zu erheben. Ein Antrag der Gemeindearbeiter auf Erhöhung der Löhne fand Zustimmung, ebenfalls ein Antrag auf Erhöhung des Fuhrlohnes. Eine zweispännige Fuhre kostet 550 Mk. Die Unterstützungssätze durch das Wohlfahrtsamt wurden um 100 Prozent erhöht. Die Mittel zum Ausbau des Pulvermagazins wurden bewilligt. Der Antrag der Baugenossenschaft Eigenheim auf Erhöhung des Gemeindeanteils fand keine Mehrheit, dagegen der Antrag, mit der Stadt Halle in Verhandlungen zu treten wegen der Wasserbewirtschaftung wurde im Sinne der Baukommission angenommen. Die Beiträge der Gemeinde für die Heilstätte Davos und für den Verein erblindeter Krieger wurden von je 50 auf 500 Mk. erhöht. Für die Errichtung einer Flußbadeanstalt unweit Planena wurden 150 000 Mk. nach dem Vorschlage der Baukommission bewilligt. Als Wohnungsmiete für das Gebäude I der ehemaligen Munitionsanstalt wurden 400 bis 500 Mk. festgesetzt. Nach längerer Aussprache wurde die selbständige Verwendung der Wohnungsbauabgabe abgelehnt und der Beschluß vom 3. Februar 1922 aufgehoben.

Aus der Provinz

Ermittlungen über das „Gefecht bei Bachra"

In und nach dem Gefecht bei Bachra haben sich nach Briefen von Gefangenen furchtbare Scheußlichkeiten von seiten der Bauern und Sipomannschaften gegen Genossen abgespielt. Es soll versucht werden,

1. eine Bestrafung der Bauern, die sich an den Grausamkeiten beteiligt haben, herbeizuführen,
2. eine Bestrafung der Gemeindeverwaltung und des Pfarrers, die es unterlassen haben, die Personalien der Ermordeten festzustellen und die Angehörigen zu benachrichtigen,
3. eine Bestrafung der Sipomannschaften, die an den Grausamkeiten beteiligt waren.

Es wird gebeten, alle Zuschriften an den Abgeordneten Menzel (Berlin SW 11, Prinz-Albrechtstraße 5, Preußischer Landtag) zu senden.

Schkeuditz

Zum letzten Kartellbericht wird uns noch geschrieben: Zur Vorstandswahl hatte die kommunistische Fraktion eine besondere Vorschlagsliste eingereicht. Da im Kartell unseren 12 Genossen 18 Unabhängige gegenüberstehen, wurde beschlossen, über jeden einzelnen Posten besonders abzustimmen. Als 1. Vorsitzender wurde sodann der USPD.-Gewaltige Petzold mit 18 gegen 12 Stimmen gewählt. Letzterer schlug nun vor, wir sollten den 2. Vorsitzenden stellen. Das lehnten wir ab, weil unser Genosse auf diesen so bedeutungslosen Posten neben einem Rechtsunabhängigen nichts für die Arbeiterinteressen tun kann. Wie von diesen Leuten gearbeitet worden ist, um für sich eine Mehrheit zustande zu bringen, beweist, daß diesmal Delegierte anwesend waren, die sonst in Kartellsitzungen wenig anzutreffen sind. Aber auch diese Leute folgen nicht mehr so blindlings den Befehlen Petzolds. Dies zeigte sich bei dem Antrag der KPD.-Fraktion, den ADGB. aufzufordern, einen Arbeiter-Weltkongreß einzuberufen. Wie von einer Tarantel gestochen, sprangen die Prediger der Einheitsfront, Hädicke und Petzold, auf, um den Antrag abzuwürgen. Doch alles Bemühen, die Vertreter auseinanderzureißen, schlug fehl. Bei der Abstimmung stimmte ein SPD.-Mann mit für uns, fünf enthielten sich der Abstimmung und 12 tapfere Usepeter stimmten gegen den Antrag, also gegen die Einheitsfront des Proletariats. Es wurde aber trotz alledem der Antrag mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Dies hat der Berichterstatter „vergessen", wir holen dies deshalb hiermit nach, um zu zeigen, mit welchen Geistern wir hier zu tun haben.

Roßbach

Beendeter Streik. In einer am Freitag stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Grube Hesse wurde mit großer Mehrheit die Arbeitsaufnahme beschlossen. Die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, Genossen Mißlitz, soll vor den Schlichtungsausschuß gebracht werden.

Roitzsch

Die Elternratswahlen im hiesigen Orte waren für die vereinigte Arbeiterschaft eine schmähliche Niederlage. Diese hat sich aber die Arbeiterschaft selbst beigebracht dadurch, daß sie der Wahl fernblieb, so daß die Bürgerlichen ein leichtes Siegen hatten. Gewählt sind 5 Arbeiter und 6 Bürgerliche. Und das in einem Dorfe, das zu zwei Drittel aus reinen Lohnsklaven besteht! Gegen die Wahl haben wir Protest eingelegt, und zwar aus folgenden Gründen: An letzter Stelle auf der bürgerlichen Liste hatte man den Namen eines Arbeiters gesetzt ohne dessen Wissen und Willen, auch seinen Namen als eigene Unterschrift beigefügt, so daß eine offene Urkundenfälschung vorliegt. Jetzt ist die Liste trotz allen Suchens nicht mehr aufzufinden! — Arbeiter, merkt Ihr, wie Ihr betrogen werdet?

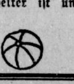
Eilenburg

Die Eilenburger Menschewisten hielten vor einigen Tagen eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema: „Genua und die Arbeiterklasse". Dazu hatten sie ihre große „wissenschaftliche" Kanone, Herrn Plotke aus Leipzig kommen lassen. Er war von seinem Vortrag meistens abgekommen und sprach mehr über Valuta und Devisen, ein Thema, das in unserer kommunistischen Presse tagtäglich behandelt wird und durchaus nichts Neues für den Zuhörer war. Aber auch hierbei konnte Herr Plottke sein antibolschewistisches Gesicht nicht verbergen, indem er ab und zu immer wieder den Bolschewisten versuchte eins auszuwischen. Eine Diskussion fand nicht statt. Unsere Genossen hatten, bis auf wenige, die Herren Usepeter alleingelassen. Bisher haben wir diesen Leuchten immer nur den Saal gefüllt. Wir hätten den Herrschaften auch zu viel Ehre angetan, wenn wir mit debattiert hätten. Aber eins möchten wir an dieser Stelle dem Vorsitzenden sagen, daß er bewußt gelogen hat, wenn er sich in einer öffentlichen Versammlung hinstellt und sagt: „Auch die USPD. in Eilenburg hat mehrere Male versucht die Einheitsfront herzustellen, aber die Kommunisten haben immer gestört." Weiß Herr Wiewald nicht mehr, daß die USPD. am 20. April bewußte Sabotage getrieben hat? Und hat Herr Wiewald vergessen, daß die USPD. in der öffentlichen Stahlhelmversammlung im „Adler" in feiger Abwesenheit glänzte, obwohl er am selben Tage noch zusagte mit seinen Genossen zu erscheinen? Gegenüber diesem schändlichen Verhalten stellt er sich jetzt nun hin als Einigungsapostel! So siehste aus! Im Schlußwort sprach Herr Plottke noch über den Vertrag von Rapallo, den er als eine Dummheit bezeichnete! Auch hieran kann man die „wissenschaftliche" Leuchte erkennen. Herr Plottke hatte sich direkt kapitalistisch eingestellt. Das merken seine Genossen aber nicht; er weis genau, was er diesen Leutchen anvertrauen kann. Die USPD. wird am eigenen Leibe verfaulen durch ihre Politik.

Wittenberg

Der Spiritusteufel. Hier tranken Arbeiter auf einem Sprengstoffwerk Spiritus, den sie dem Betriebe heimlich entnommen hatten. Trotz der Warnung der Fabrikleitung, daß der Spiritus mit Tuluol versetzt sei. Einer der Arbeiter ist unter qualvollen Leiden gestorben.

Sport



Ring-Sport- und Artistenklub „Siegfried" nennt sich ein Verein, der sich am 9. Juni 1922 in Halle gründete. Der Verein pflegt Sport und Körperpflege. Er verfügt bei seiner Gründung schon über eine sehr gute Ringermannschaft, desgleichen über eine vorzügliche Akrobaten-Truppe. Der Verein zählt 25 Gründungsmitglieder, welche aus der Athletikvereinigung Germania-Felsenfest stammen. Dieser Verein hat sich bedauerlicherweise zersplittert. Bei der Gründungsversammlung wurden gewählt: Otto Thormann, erster Vorsitzender, Walter Meye, zweiter Vorsitzender, Emil Kleine erster Schriftführer, Ernst Pötsch, zweiter Schriftführer, Willy Becker, erster Kassierer, Erich Gutsche, zweiter Kassierer, Gustav Malecha, Ring-Trainer, Karl Braune, Zeugwart, Gustav Malecha, Karl Braune, Hugo Benator, technische Leitung. Der neue Verein hat sein Klublokal in Kohls Restaurant, Königstraße 4, und finden Uebungsstunden vorläufig Mittwochs und Freitags statt. Alle Anfragen sind zu richten an Otto Thormann, Brüderstraße 14. Der Verein ist Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands und des Sportkartells.

Athletikvereinigung „Germania-Felsenfest" siegte im Ringkampf über Sportklub „Adler", Halle, mit 17:3 Punkten. Die Resultate sind folgende (wir nennen Germania-Felsenfest an erster Stelle): Otto Fiebig, Federgewicht, siegte über Artur Stahlmann beide Male in einer Gesamtzeit von 17 Minuten durch Eindrücken der Brücke. Hermann Kranich, Leichtgewicht, rang gegen Otto Winter 10 Minuten unentschieden und unterlag im zweiten Gang durch Schleudergriff in 4 Minuten. Paul Sachse, Leichtmittelgewicht, siegte beide Male über Paul Trömel in 9½ Minuten durch Seitenaufreißer und in 6½ Minuten durch Eindrücken der Brücke. Georg Wittig, Schwermittelgewicht, fertigte seinen Gegner Curt Wagner beide Male durch Kopfgriff ab. Gesamtzeit 7 Minuten. Paul Hebener brauchte nicht anzutreten, da Sportklub Adler keine Mannschaft im Schwergewicht stellte. Auf das Gewichtheben verzichtete Germania-Felsenfest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220619-10/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Liebe Pilgerfahrt

58] **Roman von Upton Sinclair**

Doch schien er nur an ihr Befinden zu denken, erkundigte sich teilnahmsvoll danach, wie sie sich fühle. Ihr Zustand war keineswegs befriedigend; der Arzt schaute bekümmert drein, das Fieber wollte nicht schwinden, sie litt starke Schmerzen. Corydon selbst machte sich darüber keine Sorgen; sie war gerne bereit, den ganzen Tag stillzuliegen, wenn nur Herrn Hardings Besuchszeit rascher käme. Dann verkündete die Uhr die ersehnte Stunde, die Tür öffnete sich, an der Schwelle stand Herr Harding in seiner schönen, strahlenden Männlichkeit. Er gemahnte Corydon an einen jungen Wiking, der in die kleine Stube den frischen Hauch des Nordens zu bringen schien. Ihr Herz klopfte heftiger, ihre Wangen glühten, ihr war, als läge sie auf glühenden Kohlen. Schließlich erkannte sie, was mit ihr geschehen war: sie liebte Herrn Harding! Doch durfte sie sich dies nicht anmerken lassen; er würde es ihr nie verzeihen, sie verurteilen. So rang sie mit ihrem Geheimnis; lag lange wach, war am Morgen blaß und traurig. Kam er jedoch, so war sie ganz Glanz und Freude.

VI

Allabendlich betrachtete der Arzt besorgt das Fieberthermometer; die Temperatur wollte nicht sinken. Diese Tatsache verursachte auch Thyrsis große Sorgen, um so mehr, da Corydon nun länger in der Klinik bleiben mußte und dadurch die Kosten größer wurden. Schließlich kam er in die Stadt. Corydon dachte bei sich: „Ich bin eine schlichte Frau, dürfte mich nur für Thyrsis interessieren, nur nach seiner Teilnahme verlangen."

Sie beschwor Thyrsis' Bild herauf, doch war es verschwommen, unwirklich. Sie erinnerte sich bloß seiner schlechten Seiten; das betrübte sie sehr. „Er ist so gut und edel," dachte sie und zwang sich, nur an seine Großmut zu denken.

Als er kam, schämte sie sich noch mehr. Er hatte in der letzten Zeit äußerst hart gearbeitet, war blaß und abgezehrt; Erinnerungen stürzten auf sie ein: er ist wirklich gut und edel.

Er saß an ihrem Bett, sie erzählte von der Operation, sprach ihm von ihrer Sehnsucht und ihrem Verlangen. Am Nachmittag kehrte er wieder, las ihr vor, küßte und tröstete sie. Sein Einfluß wirkte beruhigend. Corydon dachte: „Ich liebe ihn dennoch."

Wie seltsam, daß sie zur gleichen Zeit zwei Männer lieben konnte! Gewiß ist dies sehr unrecht! Niemals hätte sie gedacht, sie, Corydon, vermöge so etwas zu tun. Dann fragte sie sich: „Liebe ich Herrn Harding wirklich? Habe ich das Gefühl auch jetzt noch nicht besiegt?" Doch genügte ein einziger Gedanke an ihn, um ihr Herz heftiger schlagen zu lassen. Sie verbannte diese Gedanken, wollte ihren Gatten lieben.

Am folgenden Morgen kam Thyrsis abermals in die Klinik. Corydon fühlte sich in seiner Gegenwart sehr glücklich, das Fieber ließ nach, sie meinte, nun würde sie bald gesund werden.

Doch ach, sie hatte nicht mit Thyrsis' Charakter gerechnet; für ihn war das müßige Sitzen an ihrem Bett eine Qual, den ganzen Tag ihr Leiden mit anzusehen, sie zu trösten, gegen ihre Verzweiflung zu kämpfen — ihm war, als presse es aus seiner Seele die letzten Tropfen von Energie. Er wußte nicht, was Corydon derart beunruhige, doch stand er ihr so nahe, daß er fühlte, etwas quäle sie. Nach etlichen Tagen bat er sie, ihn heimreisen zu lassen, Cedric sei allein auf der Farm, nur unter der Obhut der Dienstboten, er müsse nachsehen, ob alles in Ordnung sei. Nach drei oder vier Tagen würde er wiederkommen. Corydon willigte lächelnd ein — sie hatte von Herrn Harding einen Brief erhalten, in dem er ihr mitteilte, er käme am folgenden Tage in die Stadt und würde sie besuchen. Thyrsis fuhr fort, und Corydon blieb allein, rang mit ihrem Problem. Abermals dachte sie an den jungen Geistlichen, staunte über die Glut ihrer Gefühle. Diesmal kommt er bestimmt nur deshalb in die Stadt, um sie zu sehen. In der Nacht stieg das Fieber wieder, ihr war, als läge sie in den brennenden Armen eines Ungeheuers. Sie glaubte, ersticken zu müssen, warf mit ungeduldiger Gebärde die Decke zurück und fühlte dabei einen scharfen Stich in der Seite.

Da der Morgen kam, hatte sie beschlossen, Herrn Harding ihre Liebe zu gestehen; er würde ihr verzeihen, die Beichte würde ihr Erleichterung bringen, vielleicht Ruhe.

Als er jedoch vor ihr saß, gelassen und schön, begann sie zu zittern, fand nicht den Mut, ein Wort hervorzubringen. Schließlich nahm sie alle Kräfte zusammen: „Herr Harding, kommen Sie etwas näher. Ich muß Ihnen etwas sehr Wichtiges sagen." Stammelnd, unzusammenhängend, mit gebrochenen Worten berichtete sie ihm alles, erklärte ihm die Ursache ihrer Leiden und ihrer Unruh. Da sie sprach: „All dies ist, weil ich Sie liebe," lauf sie erleichtert, schier getröstet in die Kissen zurück, schloß die Augen.

Als sie die Lider wieder hob, sah sie, daß Herr Harding das Gesicht in den Händen verborgen hielt. „Herr Harding," flüsterte sie. „Herr Harding, nicht wahr, Sie verzeihen mir, Sie hassen mich nicht?"

Er raffte sich auf. „Liebes Kind," entgegnete er, und es deuchte sie, sie habe noch nie ein so schönes und schmerzvolles Gesicht gesehen. „Ich muß Sie um Verzeihung bitten."

Er erhob sich, trat an ihr Bett, nahm ihre Hand in die seine. „Wir dürfen nicht mehr über die Sache sprechen. Ruhen Sie sich aus, und morgen wird es Ihnen besser gehen. Versprechen Sie mir, ruhig zu sein. Denken Sie daran, wie froh Ihr Mann sein wird, Sie wieder gesund zu sehen — und wir alle." Er drückte fest ihre Hand und verließ das Zimmer. Corydon wandte das Gesicht der Wand zu, flüsterte glückselig zu sich selbst: „Ja, auch er liebt mich. Nun kann ich ruhen."

VII

Sie schlief den Schlaf der Erlöschöpfung, in ihre Träume fiel nicht der Schatten des Schicksalsengels, der ihre Stirne zeichnete. Gegen Morgen wurde sie durch einen stechenden Schmerz geweckt; er ließ wieder nach, Corydon dachte beglückt an den Nachmittag; Herr Harding würde wiederkommen; sie fühlte sich glücklich, achtete keiner körperlichen Schmerzen. Doch stieg im Laufe des Tages das Fieber, der Schmerz ward immer heftiger. Corydon ertrug ihn lächelnd, hatte bloß einen einzigen Gedanken. Endlich vernahm sie ein Pochen an der Tür; ihre Pulse bebten, das war er. Doch trat statt seiner der Arzt ein, setzte sich an ihr Bett. „Ich muß doch nachsehen, was hier nicht in Ordnung ist. Weshalb werden Sie nicht gesund, Corydon?"

Er untersuchte sie, machte ein ernstes Gesicht. „Wir müssen eine neue Untersuchung vornehmen," bemerkte er.

Corydons Hand griff nach seinem Aermel: „Nein, nein."

„Fürchten Sie sich nicht, Sie sollen keine Schmerzen haben."

„Das ist es nicht," flüsterte sie, hätte fast laut ausgesprochen, „ich muß hier bleiben, will Herrn Harding sehen."

Sie wurde ins Operationszimmer gefahren; diesmal interessierten sie die blitzenden Instrumente nicht im geringsten. Als sie auf den Tisch gelegt ward, jammerte sie auf: „Ich will nicht, will nicht."

„Ruhig, ruhig," beschwichtigte der Arzt. „Seien Sie tapfer, wir wollen nur feststellen, was Ihnen fehlt."

Abermals ward sie chloroformiert, versank von neuem in den Höllenabgrund, und diesmal schien ihr Wille schwächer zu sein als die schwarzen Gestalten. Die Chirurgen untersuchten sie, entdeckten ein neues, sich rasch ausbreitendes Geschwür. Eine zweite Operation war notwendig. Sie machten sich sofort ans Werk. Nur mit Mühe gelang es ihnen, nach vollendeter Operation den Lebensfunken in der starren, leichenblassen Gestalt zu entfachen. Endlich bewegten sich Corydons Lider, sie stöhnte leise und blickte betäubt vor sich hin. Doch war ihr Fall nicht hoffnungslos. Drei Tage später erhielt Thyrsis ein Telegramm, worauf er durch einen tobenden Schneesturm fünf Meilen zur Eisenbahnstation wanderte.

Inzwischen rang seine Frau mit dem Tode. Brennende Schmerzen verzehrten ihren Leib, rissen an ihren Nerven. Sie fragte sich staunend, wie sie dies zu ertragen vermöge, wie sie unter solchen Qualen leben könne? Dennoch, unerklärlicherweise, verlangte es sie, zu leben. Sie wußte nicht, weshalb, war sie doch von allen verlassen, ein schwaches Atom in einem feindseligen Weltall. Trotzdem stellte sie ihren Willen allen entgegen: Gott, Mensch und Teufel, sie wollte nicht besiegt werden, wollte das Spiel gewinnen.

Sie biß die Zähne zusammen, rang, kämpfte. Stundenlang starrte sie auf die tote, kahle Wand; wenn die Abendschatten fielen, ihre Kräfte nachließen, kam das Morphium mit seinem gütigen Verlöschen aller Dinge. Die tapfere Seele starb für die Nachtzeit, kehrte am Morgen wieder, um den unerbittlichen Kampf von neuem aufzunehmen. (Fortsetzung folgt.)

Es ist derselbe Kampf...

Ob der Gefangene ihn kämpft stumm hinter Kerkermauern,
Ob ihn der Arme zweifelnd kämpft in brütend-stummen Trauern —
In Allen, in Allen ist endlich das Bewußtsein der Würde erwacht.
Ob ihn ein König schaudernd träumt auf seinen Purpurkissen,
Ob ihn der Priester bebend ahnt, aus seinem Wahn gerissen —
Sie hören die Stimmen der Rächer schon wie Wettergedröhn vor der Schlacht.

Und wer nicht weiß, der denkt; und wer nicht denkt, der fragt;
Und wer nicht fragt, der zweifelt; wer noch nicht zweifelt, klagt —
Bald ein Bangen, ein Ahnen, ein Sehnen hat Alle, hat Alle ergriffen:
Ein Ton fiel hörbar niederwärts, er fiel in unsere Mitte.
Nun lauschen wir ihm immerfort bei jedem Schritt und Tritte —
Es ist ein Laut wie das Stöhnen der Wut, die noch das Schwert nicht geschliffen.

So rollt durch alle Adern er, der Kampf, schwer, unablässig,
Sie mögen schüren ihn zum Brand, ersticken ihn gehässig:
„Ich verlange, was nie mir geworden: mein Menschenrecht, das entehrte!" —

Es ist derselbe blutige Kampf, ob aufschreit du in Schmerzen,
Ob du in bangem Ahnen sinnst, den Makel noch zu merzen.
Doch die rächende Hand hält Keiner mehr auf, die eisern bereits bewehrte!

John Henry Mackay.

Gerhart Hauptmann: Fuhrmann Henschel

Rastloses Schaffen hat den Fuhrknecht eines Sommerhotels selbständig gemacht. Alles pumpt ihn an, sogar der Hotelbesitzer. Da stirbt ihm die abgezehrte Frau im Wochenbett, und der Alte nimmt die junge kräftige Magd, weil's Hauswesen sonst leidet. Die „betrügt" ihn — wie der landläufige Ausdruck für außerehelche Freuden heißt. Die lieben Nächsten klatschen und tratschen. Hängen dem Ehepaar sogar den Mord an der ersten Frau und ihrem Kindchen an. Und der weichherzige Fuhrmann hängt sich auf.

Die Tragödie eines einfachen, biederen Mannes, der mit der Zusammengesetztheit seines Daseins nicht fertig wird, sich ohne Schuld in allerlei Widerwärtigkeiten verstrickt findet und haltlos und hilflos ins Nichtsein taumelt — erschütternd langweilig und — — bezwingend anständig.

Denn das Werk ist mehr als Naturalismus, mehr als die treue Tatsachenkopie eines Einzelschicksals. Es gibt auch Besinnung. Es gibt Anschauung des Lebens, und zwar hochsittliche Anschauung des Lebens. In die düster drohende Verbaltheit wolkenschwerer Dinge strahlt das sanfte Licht einer fernen Erkenntnis von dem tragischen Verkettetsein der Menschen in einem großen materiellen Ursachenzusammenhang, der jede Willensfreiheit ausschaltet. Um den Fuhrmann Henschel schwebt ein Schimmer echter innerlicher Menschenkultur. Daß er nicht die Hanne tötet, sondern sich selbst, daß er vorher sogar einen Händedruck für sie findet und ein gutmütig mitleidiges „du kannst nischt dersier!", das ist etwas, das aus Ewigkeit in Ewigkeit reicht und uns im eigenen Lebenskampf, in allen nur denkbaren Lebensnöten bös und feindlich Tiefverstrickte so zart mahnend anrührt, wie eine gütige Hand verzweifelt aufstrebende Kinder.

Freilich diese Sittlichkeit ist nicht letzte Sittlichkeit. Sie ist ein Gipfel. Aber sie ist nicht der Gipfel. Höher als ein Henschel-Wilhelm, der seinen letzten Punkt macht, sieht der Mensch, der einen neuen Satz anfängt. Der den harten Mut aufbringt, einem „Weibsteufel", zu sagen: Ziehe in Frieden! — zumal, wenn sie darauf wartet — und der dann allein weiter zu leben und zu schaffen vermag. Der sich selbst aus dem Wege räumt, hat immer Unrecht. Und der urkräftige triebhafte Lebenswille einer Hanne hat letzten Endes Recht, wie man das Ding auch dreht. Die Magd Hanne ist sittlicher als der Fuhrmann Henschel. Sie hat ihre Fehler. Aber diese Fehler liegen begründet in der Gebundenheit ihrer Existenz. Sie ist stark und klug. Aber sie ist eine Magd und muß sich von ihrem viel dümmeren Mann über den Mund fahren lassen. Sie betätigt ihre unbefriedigte Sexualität außer der Ehe an einem windigen Kellner. Das ist eine Privatangelegenheit und Geschmacksache. Sie haßt das Kind, das ein widerlich schwacher Frauenschmeichler ihr vor ihrer Ehe mit Henschel gemacht hat. Kein Wunder; denn das Kind ist ihr im Wege. Sie ist nun einmal kein zärtliches Muttertier. Sie ist ein rohes Arbeitswesen mit unkultivierten Weibinstinkten. Keine Talmi-Kleinbürgerin, sondern eine echte Proletarierin, die sich von ihrer stumpfsinnigen Umgebung sehr vorteilhaft abhebt, trotz aller Derbheit und Ungehobelheit. Sie zeigt sogar das auf, was ich an den Frauengestalten unserer revolutionären Dichter noch vermisse. Die Lösung ihres Lebensrätsels liegt nämlich auf dem Weg zur sozialen Revolution, wenn auch von Hauptmann ungesagt: in der wirtschaftlichen Befreiung des Weibes, in dem Anspruch „ich bring mich schon durch!" Denn das ist die revolutionäre Forderung der proletarischen Frau an die Gesellschaft, der Anteil am öffentlichen Produktionsprozeß, am Erwerbsleben, nicht die Freiheit, Kinder zu gebären. Die ist für sie eine sekundäre Sache in ihrem Wirtschaftskampf, eine Sache, der sie hinreichend dient und auch in Zukunft dienen wird, wenn nur die Gesellschaft ihr die Sorge für die Kinder abnimmt.

Hauptmann hat vielleicht nicht an eine symbolische Auswertung seiner Dichtung gedacht. Aber wenn man will, kann man herauslesen den Sieg des proletarischen Lebenswillens über alle kleinbürgerliche Schlappheit.

*

Die Aufführung des „Fuhrmann Henschel" im Stadttheater Halle kann zu den besten dieser Spielzeit gezählt werden. Teuchers Henschel war so ergreifend gutherzig und langwiend schwachsinnig wie Paula Thetters Magd Hanne beängstigend und wild und erhebend stark. Das Leben hat für sie überhaupt keine Schrecken. Nur der Tod. Vor dem läuft sie, wie eine Wahnsinnige kreischend, davon. Hartwig als Pferdehändler hatte fast fremd anmutende Lebenstreue, Hensel mißfiel als geldbettelnder Schützenjäger, Trude Horn als abenteuerdurstiges Dirnchen. Von den übrigen vielen Mitspielern mag gesagt sein, daß sie ihre kleinen Rollen mit feiner Charakteristik ausstatteten und so das Notwendige zur Erreichung einer geschlossenen Bühnenleistung taten.

H. Leid.

Die Geschichte des Bucheinbandes

Etwa seit dem vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung gibt es eine Buchbinderarbeit im modernen Sinne, die den Buchblock in eine dauerhafte Hülle mit Rücken fest einzufügen hat. Früher, in der Zeit der Buchrolle war das alles ganz anders gewesen. Schon bald hat sich dann die Kunst des Handwerks angenommen, und heute achten wir beim Betrachten eines Einbandes gewöhnlich zuerst auf seine Schönheit, dann erst auf seine Dauerhaftigkeit.

Im frühen Mittelalter hatten die Bücher einen ungleich höheren Wert als heute, denn es gab nicht nur noch keinen Buchdruck, sondern auch sehr wenig Leute, die Bücher gewerbsmäßig durch Abschreiben vervielfältigten. So konnte es vorkommen, daß jemand ein Buch für sein bestes Pferd eintauschte. Kein Wunder, daß man da die Bücher auch, ihrem Wert entsprechend, mit verschwenderischer Pracht einband, Elfenbeintafeln mit Bildschnitzereien, Gold und Edelsteine auf den Vorderdeckel anbrachte, auf dem Rückdeckel oft flache Metallplatten mit figürlichen Darstellungen. Da war also die Einbandkunst, soweit das Dekorative mitsprach, noch fast ganz Aufgabe des Goldschmiedes.

Aus dem 14. und 15. Jahrhundert stammen unsere ältesten Beispiele. Damals war der Gebrauchseinband aus hartem Holz, das mit Leder, Pergament oder seltener mit einem Stoff wie Samt oder Seide überzogen wurde. Pappe als Einbandmaterial kannten die Deutschen erst spät von den südeuropäischen Ländern her kennen, die sie von den Arabern übernommen hatten. Rinds-, Kalb- und Schweinsleder herrschte im späteren Mittelalter vor, früher hatte man auch gern Wildleder verwendet; es kam dann ab, weil es nicht so leicht die Verzierungen annahm, die man jetzt auf dem Einband anzubringen liebte. Diese wurden zunächst „blind" (ohne Gold) in das angefeuchtete Leder mit erwärmten Metallstempeln eingepreßt. Solche Blindpressung tragen die ältesten bedeutenderen Einbände, hauptsächlich Pflanzenmuster und Tierbilder.

Daneben blühte, besonders in Franken und Westdeutschland, etwa von 1400 bis 1500, eine andere Technik: der Lederschnitt. Zuerst schnitt man nur ganz flach Bilder und Schriftzeichen ins Leder hinein, dann machte der Lederkünstler Anleihen bei der Metalltechnik und wußte die ausgeschnittenen Figuren durch „Punzen" (Eindrücken unzähliger ganz kleiner Kreise) im leergebliebenen Feld stärker hervortreten zu lassen, schließlich gab er den Bildern durch Unterschneiden und Treiben überraschend plastische Wirkung.

In der Deutschen Renaissance lösten den Lederschnitt verschiedene andere Techniken ab: die Bandverzierung, unter orientalischem Einfluß im 15. Jahrhundert in Italien groß geworden, wurde durch Plattenstempel hergestellt, mit denen man meist in die Mitte des Deckels ein großes Zierstück in Gold einpreßte, dem in den Ecken vier kleinere Stücke entsprachen, und dazu kamen noch die berühmten Renaissance-Randleisten, gewöhnlich mit Rollenstempeln aufgetragen. Als Mittelstücke waren auch figürliche Darstellungen, ähnlich den Platten des Kupferstichs, damals modern. Eine andere Art war das Ornament in aufgemalten Lackfarben, gelegentlich mit Goldpressung zusammen. Auch Bildnisse berühmter Männer, die und da sogar gemalt, waren als Mittelstücke beliebt. Schweinsleder dekorierte man im 16. und 17. Jahrhundert gewöhnlich in Blindpressung, aber mit denselben Stempeln, wie man sie für Golddruck verwendete; Ausnahmen kamen vor und sind auch hier vertreten. Umgekehrt schmückte man Pergamentbände lieber mit Gold- als mit Blindpressung.

Im späteren 17. und im 18. Jahrhundert herrscht die Goldpressung beim Luxuseinband vor, doch sieht man ab und zu bemalte Pergamentbände oder nur edles Leder mit Metallbeschlägen darauf; der schlichtere bunte Pappband heute wieder modern, taucht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf. Aber immer spiegelt die Einbandverzierung ziemlich treu ihre Zeit, d. h. heute mehr denn je die Kaufkraft als den geistigen Bedarf der Bücherfreunde, mehr den Stand der Preise auf dem Rohmaterialienmarkt als den Wert der literarischen Produktion. Viele Buchverleger bringen minderwertige Ware nur durch dekorative Einbände an Käufer, die nach dem Inhalt eines Buches wenig oder gar nicht fragen. Und das wird sich solange nicht ändern, als es im Belieben jedes Unternehmers liegt, fremde Arbeit kapitalistisch auszubeuten, sei es geistige Arbeit oder Handarbeit. Erst die kommunistische Gesellschaft wird dafür sorgen, daß die Arbeitskraft des Menschen sich nicht an wertlose Gegenstände verschleudert wie die Feinarbeit und die Erfindungsgabe des Buchbinders an schlechtes geistiges Erzeugnis. Aber sie wird auch dafür sorgen, daß wertvolle geistige Arbeit ihren Absatz findet ohne auffallend kostbare Bucheinbände.

Die Bibliothek

Man sollte sich den billigen Spott über die plötzlich reich gewordenen Leute abgewöhnen. Sie müssen sich schließlich auch erst hineinfinden, und wenn sie sich hin und wieder noch ein Versehen zuschulden kommen lassen, muß man nicht unerbittlich sein.

Der Herr Lübke, der mit die Einrichtung seiner neuen Villa vorführte, hatte auch den Lapsus begangen, im Vestibül einen aus seinem ehemaligen Zigarrenladen stammenden meterhohen Gipsneger aufzustellen und ihm zur besonderen Wirkung obendrein eine rote Glühbirne in die Hand geben lassen. Aber was wollte das schließlich besagen, wenn mich Herr Lübke dann doch in eine Bibliothek führen konnte, die vier Abteilungen prachtvoller Werke in folgender sinnreicher Anordnung aufwies:

Erstes Regal: die Leinenen,
Zweites Regal: die Rohseidenen,
Drittes Regal: die Wildledernen,
Viertes Regal: die Schweinsledernen.

„Fassen Sie mal an", sagte Herr Lübke, indem er liebkosend mit der Hand über die Wildledernen strich, „fassen Sie mal an, wie sich meine Bibliothek anfühlt!"

Peter Scher.

Die deutsche Roethe-Gesellschaft

In Deutschland gibt es seit langen Jahren eine Goethe-Gesellschaft, in der sanfte Literaten, ästhetische Professoren und empfindsame Damen sich zusammenfinden. Alljährlich trifft man sich in Weimar und pflegt Erinnerungen nebst Geselligkeit. Diese Gesellschaft hat nun Herrn Gustav Roethe, ordentlichen Professor der deutschen Literatur an der Universität Berlin, zu ihrem Präsidenten gewählt. Herr Roethe, ein preußischer Held vom Scheitel bis zur Sohle, im Krieg Etappenhauptmann in Sedan, ist der rechste provokatorische Hakenkreuzler an sämtlichen deutschen Hochschulen. Allwöchentlich beschimpft er in der Oeffentlichkeit Fritz Ebert, die schwarzrotgelbe Reichsfahne und die ganze deutsche Republik. Was interessiert es die Arbeiter, ob die blutleere Goethe-Gesellschaft Herrn Roethe oder einen anderen denken hat. Aber die Angelegenheit hat doch ihre politische Seite. Die Gegenrevolution ist heute in Deutschland so stark, daß selbst Kreise, die sich sonst ängstlich hüten, irgendwie Partei zu nehmen, es wagen, sich zu ihr zu bekennen. Wenn selbst eine Goethe-Gesellschaft es riskiert, den schwarzweißroten Orgelschmamm an ihre Spitze zu setzen, so kann man ruhig sagen: der Respekt vor der Republik hat in Deutschland den Nullpunkt erreicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220619-10/fragment/page=0006